



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922**

331 (22.7.1922) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-204547](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-204547)



# Mannheimer General-Anzeiger

## Badische Neueste Nachrichten

Druckpreis: Je Monatsheft und Umgebung monatlich ...

Anzeigenpreise: Die kleine Zeile ...

Beilagen: Der Sport v. Sonntag, Aus der Welt der Technik, Gesetz u. Recht, Mannh. Frauen-Zeitung, Mannh. Musik-Zeitung, Bildung u. Unterhaltung, Feld u. Garten, Wandern u. Reisen.

### Memorandum des Garantiekomitees.

#### Kontrolle!

X Berlin, 21. Juli. Dem der deutschen Regierung vom Garantieauschuss übergebenen Memorandum über die durch das Garantiekomitee ausgearbeitete Nachprüfung über die Unterdrückung der Kapitalflucht und über die von der deutschen Regierung aufzufüllenden Statistiken entnehmen wir:

- I. Beim Reichsfinanzministerium werden zwei Vertreter der ständigen Delegation des Garantiekomitees besonders akkreditiert werden, von denen der eine sich insbesondere mit den Einnahmen, der andere mit den Ausgaben des Reiches befasst wird.
- II. Jeder von ihnen wird besonders mit dem zuständigen Staatssekretär im Reichsfinanzministerium in Verbindung stehen.
- III. Die deutsche Regierung wird durch Vermittlung dieses Delegierten unaufgefordert dem Garantiekomitee nachfolgende Schriftstücke zur Kenntnisnahme übermitteln:
  - a) Den Entwurf des Reichshaushaltsplans für das nächste Haushaltsjahr. Dieser Entwurf wird zur gleichen Zeit wie dem Reichsrat mitgeteilt werden.
  - b) Alle Gesetzentwürfe fiskalischer Art.
  - c) Jeden Entwurf auf einen Nachtragskredit zu den im Haushalt vorgesehenen Krediten.
  - d) Jede Entscheidung des Reichsfinanzministers.
  - e) Abschrift der monatlichen Kassenschlüsse.
  - f) In regelmäßigen und bestimmten Zeitabständen eine Mitteilung über die vom Ersparnis-Kommissar, der nach einer kürzlich von der deutschen Regierung getroffenen Entscheidung beauftragt werden soll, erzielten Ergebnisse.
  - g) Zur gleichen Zeit wie den Landesfinanzämtern Abschriften der Verordnungen (Reglements), in denen allgemein das Verfahren der Veranlagung und der Erhebung irgend einer Steuer geregelt wird.
- IV. Die Delegierten und ihre Vertreter werden in ständiger Verbindung mit den beteiligten Stellen des Reichsfinanzministeriums, des Reichsfinanzministeriums, der für das Komitee notwendig sind, um in voller Kenntnis der Sachlage zu beurteilen: die Steuerprojekte, die Veranlagung der Steuerträger, die Veranlagung der Ausgaben des Haushaltsentwurfs.
- V. Die Delegierten müssen außerdem diejenigen Maßnahmen kennen lernen, welche die Zentralverwaltung zu treffen beabsichtigt, um den Funktionen der Steuererhebung und des Rechnungswesens sicher zu stellen.
- VI. Die Delegierten und ihre Vertreter haben insbesondere die Aufgabe, sich darüber zu vergewissern, dass ohne Genehmigung der zuständigen Stellen keine Kenderung erfolgt ist, welche die im laufenden Haushalt vorgesehenen Kredite überschreitet.
- VII. Die Delegierten werden ferner, soweit es sie angeht, über die Arbeiten und Ergebnisse des Buch- und Betriebsprüfungsdienstes unterrichtet werden.
- VIII. Das Garantiekomitee hat davon Kenntnis genommen, dass die deutsche Regierung demnach einen der Zentralverwaltung angegliederten besonderen Rechnungsprüfungsdienst schaffen wird, der dazu bestimmt ist, die dem Reichsfinanzministerium nachgeordneten Dienststellen zu inspizieren. Von Zeit zu Zeit können die Delegierten oder ihre Vertreter auf ihr Ersuchen die Inspektionsbeamten dieses Rechnungsprüfungsdienstes zum Zwecke von Vornahmen von Stichproben begleiten. Der oben genannte Rechnungsprüfungsdienst soll am 1. November 1922 in Tätigkeit treten. Zur Aufgabe des Garantiekomitees gehört es, Maßnahmen zu treffen, die es ihm ermöglichen, jederzeit den genauen Stand der schwebenden Schuld zu kennen und sich Rechenschaft zu geben über die Zahlungsmittel, die das Reichsfinanzministerium zur Deckung seiner Ausgaben verwendet. Im Verlaufe der von der deutschen Regierung in der Note vom 28. Mai 1922 gemachten Zusage haben die deutschen Delegierten mit dem Garantiekomitee die Frage der Bekämpfung der Kapitalflucht beraten. Das Garantiekomitee glaubt, die Maßnahmen, die getroffen werden sollen, um den Wünschen der Reparationskommission zu entsprechen, wie folgt zusammenfassen zu können:

- I. Statistiken des Außenhandels: die Monatsstatistik über Aus- und Einfuhr wird durch eine vierteljährliche Veröffentlichung über den Handel Deutschlands mit den 12 Staaten vervollständigt werden, die im Jahre 1921 die regsten Handelsbeziehungen zu Deutschland gehabt haben. Das statistische Reichsamt wird monatlich der Delegation des Garantiekomitees eine Uebersicht über die Umsätze getrennt nach Fakturierung in ausländischen Devisen und in Mark mitteilen.
- Die deutsche Regierung soll die periodische Veröffentlichung zusammen mit einer dreimonatlichen Uebersicht über die metallurgische Produktion ins Auge fassen. Sie soll ebenso Maßnahmen ergreifen, damit die jährlichen Statistiken über die Produktion der metallurgischen Industrien schneller als gegenwärtig veröffentlicht werden. Die deutsche Regierung wird alle erforderlichen Anstrengungen machen, um die Statistiken über Veranlagung und Aufkommen der hauptsächlichsten Steuern dem Komitee in möglichst kurzer Frist mitzuteilen.
- Im Begleitbrief des Garantieauschusses an den Reichskanzler heißt es, das Garantiekomitee bittet die deutsche Regierung, Maßnahmen zu ergreifen, dass sie mit den in dem Memorandum enthaltenen Maßnahmen einverstanden ist, und dass sie das erforderliche veranlassen wird, um ihre Anwendung sicher zu stellen.
- Der Brief ist unterzeichnet von den Mitgliedern des Ausschusses Bismarck, Rauciere, D'Amelio und Remball.

#### Zu den Beratungen über das Memorandum.

□ Berlin, 22. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Zu den gestrigen Beratungen des auswärtigen Ausschusses wird auch uns bestätigt, daß an dem Verhalten der Regierung lebhafteste Kritik geübt wurde, weil sie ihre Unterschrift unter die Abmachungen mit dem Garantiekomitee gesetzt hat, ohne zuvor mit dem Auswärtigen Ausschuss sich ins Benehmen zu setzen. Es trifft aber nicht zu, wie von manchen Seiten in den letzten Tagen geflüstert wurde, daß die Deutsche Volkspartei um deswillen einen Konflikt mit der Regierung herbeiführen wollte. Die ganze Frage ist überhaupt gestern nicht entschieden worden, sie soll vielmehr später noch den Reichstag beschließen.

In der Diskussion soll man sich im Gegensatz zu dem deutschen nationalen Sprecher einig geworden sein, daß die Entente nach dem Versailler Friedensvertrag nominell das Recht hat, dieselbe besondere Maßregeln über uns zu verhängen, wenn schon man natürlich gewünscht hätte, daß diese Kontrolle weniger scharf und einschneidend ausgefallen wäre und die und da wohl auch glaubte, daß in dieser Beziehung mehr von unseren Gegnern erreicht werden könnte. Im übrigen haben sich, wie man uns berichtet, auch hier wieder Befürworter und Optimisten die Wage gehalten. Die Optimisten haben gemeint: es handle sich hier um das letzte Zugeständnis Englands an Frankreich. Andere befürworteten, daß uns dieses Jahr noch die Rheinlande vor die allerernste Entscheidung stellen möchten. Aber hier wie dort scheinen es vorwiegend Befürchtungen und Stimmungen, die nach Ausdruck ringen, zu sein. Irgend welche positive Tatsachen für ihre Argumentation haben wohl weder die einen noch die anderen beibringen können.

#### Die deutsche Antwortnote.

□ Berlin, 22. Juli. (Von unsem. Berliner Büro.) Die deutsche Antwortnote an den Garantieauschuss ist gestern dem auswärtigen Ausschuss mitgeteilt worden. Nach einer Mitteilung des Lokalanzeigers ist sie gestern nachmittags nochmals redigiert worden und soll nun umgehend nach Paris übermittel werden, wo Staatssekretär Fischer sie dem Garantieauschuss sofort übergeben wird. Nach allem diplomatischem Brauch wird sie in Berlin erst veröffentlicht, wenn sie in Händen des Empfängers ist.

#### Beschleunigte Berichterstattung des Garantiekomitees.

BB. Paris, 21. Juli. Nach dem „Temps“ wird der Bericht des Garantie-Komitees über seine Tätigkeit in Berlin bereits anfangs kommender Woche der Reparationskommission übergeben. Er enthält Auseinandersetzungen, erstes über die Berliner Verhandlungen und ihre Ergebnisse, zweitens über die Haltung der deutschen Regierung in diesen Verhandlungen, die deutsche Wirtschafts- und Finanzlage, die Ursachen der Markentwertung, die etwaigen Gegenmaßnahmen usw. Nach dem „Journal des Debats“ soll der Vorsitzende des Garantie-Ausschusses Rauciere heute Vormittag der Reparationskommission ein kurzes Exposé seines Berichtes geben.

#### Revision des Friedensvertrages.

□ Berlin, 22. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Der „Lokal-anzeiger“ veröffentlicht eine Unterredung mit Frank Vandenberg, der von einer Automobilliste durch Europa aus Prag wieder in Berlin eingetroffen ist. Witter Vandenberg ist außerordentlich pessimistisch. Er erklärte, es sei in der gegenwärtigen Lage nur zu helfen, wenn ganz Deutschland plötzlich vernünftig werden sollte. Wir Amerikaner wünschen uns nichts Besseres als zu helfen.“ Diese Hilfe könnte aber nur eine Kriesenleihe bringen. Für diese müßte aber inbesten erst die Garantie eines Erfolges durch die Revision des Friedensvertrages von Versailles gegeben sein. Solange der Friedensvertrag in seiner jetzigen Form bestehen bleibe, sei Europa nicht zu helfen, dann aber sei auch der Zusammenbruch Europas unaufhaltbar.

#### Reorganisation der deutschen Finanzen.

X Berlin, 21. Juli. Wie das „B. Z.“ von seinem Pariser Korrespondenten hört, schreibt der „Newport Herald“ über die Auffassung der nichtfranzösischen Mitglieder der Reparationskommission: Die Mehrheit der Reparationskommission halte es nicht für notwendig, Deutschland bei der Bewilligung des Zahlungsausschusses neue Bedingungen aufzuzwingen. Das wichtigste sei die Reorganisation der deutschen Finanzen.

#### Immer wieder die Besetzung des Ruhrgebiets.

X Berlin, 21. Juli. Bertinax beschäftigte sich im „Echo de Paris“ mit den Mitteilungen Poincares an die Reparationskommission. Er bedauert, daß nicht von Enttionen, wie der Besetzung des Ruhrgebiets und der Vertiefung der Besetzung des linken Rheinufers die Rede ist.

#### Ein Wort der Anerkennung.

□ Berlin, 22. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Nach einer „Dena“-Mitteilung hielt Lord Birkenhead im australisch-seeländischen Klub eine politisch bedeutsame Rede, in der er sich durchaus sympathisch über die schwierige Lage Deutschlands aussprach. Man wird in Europa die Zivilisation nie wieder herstellen und auch die Wohlstand Englands nicht wieder zum Ausfließen bringen können, wenn es Deutschland nicht ermöglicht würde, wieder seinen Beitrag an die Wälder und an den Handel Europas beizusteuern. Lord Birkenhead rühmte dann die Fähigkeiten geschäftlicher Organisation, den industriellen Fleiß und die Disziplin der Deutschen. Er widersprach dann noch der törichteren Legende, daß die Entwertung der Mark die Folge wohlberechneter deutscher Schleichzeit sei.

#### Anleihe und nicht Moratorium.

X London, 21. Juli. Wie der politische Mitarbeiter der „Wall Mall Gazette“ mitteilt, glaubt man, daß auch Lloyd George eher zu Gunsten einer Anleihe neigt, die notwendigerweise mit einer Reduzierung der deutschen Schuld Hand-in-Hand gehen müsse, als daß er ein Moratorium befürworte, dem er lediglich die Wirkung zuschreibt, daß es nur die Schwierigkeiten hinauschiebt, die im Interesse der Industrien und finanziellen Lage der Welt so schnell als möglich beseitigt werden müssen. Man hegt außerdem die Heberzeugung, daß bei der nächsten Zusammenkunft der Verbündeten bedeutsame Vorschläge für eine Abtragung der deutschen Schuld erzielt werden.

Nach einer weiteren Meldung aus London wird die kommende Unterredung Lloyd Georges mit Poincare, die doch vielleicht noch Ende des Monats stattfinden wird, mit großem Interesse erwartet. Die Möglichkeit, daß Umstände eintreten, welche die englische Regierung zwingen, ohne Frankreich ein Finanzabkommen mit Deutschland zu treffen, hält man sich stets vor Augen. Doch sucht die englische Regierung aufrichtig einen solchen Verlauf zu verhindern. Sie hofft dabei auf eine Unternehmung in Amerika und sieht ein gutes Symptom darin, daß das Morgan-Komitee durch einen Direktor der Morgan-Bank bei den Berliner Verhandlungen mit dem Garantiekomitee als Beobachter vertreten ist.

X Berlin, 21. Juli. Nach einer Pariser Drahtung der „Lgl. Rundschau“ wird die Antwort der amerikanischen Regierung auf die inoffizielle Anfrage seitens der Reparationskommission wegen einer Deutschland zu gewährenden internationalen Anleihe negativ lauten. Zunächst müßten die deutschen Finanzverhältnisse und seine Verpflichtungen geregelt sein.

#### Die Verabschiedung der drei Steuergesetze.

Von Dr. Julius Curtius, M. d. R.

1. Allgemeines.  
Der Reichstag hat am 18. Juli in dritter Lesung das Gesetz über die Zwangsanleihe und die Novellen zum Erbschaftssteuergesetz sowie zum Einkommensteuergesetz verabschiedet. Für die beiden letztgenannten stimmte der ganze Reichstag mit Ausnahme der Kommunisten. Die Zwangsanleihe wurde außer von den Kommunisten auch von den Deutschnationalen abgelehnt. Damit ist das Steuerkompromiß vom 26. Januar 1922 ausgeführt.

Die Deutschnationalen haben ihre Ablehnung des Zwangsanleihegesetzes mit Verweisung des Geldmarktes und Verschärfung der Kreditnot einerseits, mit Gefährdung der endgültigen Lösung des Reparationsproblems andererseits begründet. Auch wir sind gegenüber der völligen Veränderung der Wirtschaftslage seit dem 26. Januar 1922 und gegenüber der Zuspitzung der Reparationsfrage nicht blind gewesen. Wenn wir trotzdem dem Zwangsanleihegesetz zugestimmt haben, so leitete uns zunächst die Erwägung, daß eine Ablehnung die innerpolitische Lage in eine neue Krise gestürzt hätte. Das Wirtschaftsleben hat aber ein dringendes Interesse an möglichst Beruhigung der inneren Lage. Die Entwicklung der Außenpolitik drängt zwar zur endgültigen Lösung des Reparationsproblems, und es mag sein, daß die Zwangsanleihe die Aufnahmebereitschaft des deutschen Marktes für eine große internationale Anleihe, an der sich selbstverständlich Deutschland beteiligen müßte, beeinträchtigt. Auf der andern Seite hat die deutsche Regierung sich gegenüber der Reparationskommission zur Auflegung der Zwangsanleihe verpflichtet; die Reparationskommission hat in ihren Entscheidungen vom 24. März und 7. Juni die Zwangsanleihe in ihren Finanzplan eingefügt. Es war ausgeschlossen, nach diesen Vereinbarungen die Zwangsanleihe abzulehnen. Schließlich entscheidend war aber für die Deutsche Volkspartei, daß, wie am 26. Januar, so auch jetzt, die Tatsache umfangreicher Sachlieferungen im Rechnungsjahr 1922/23 besteht. Diese Sachlieferungen müssen finanziert werden. Zur Finanzierung dient die Zwangsanleihe. An dieser Notwendigkeit kann auch die Deutschnationalen Volkspartei nicht vorbeigehen. Jeder andere Verwendungszweck der gezeichneten Beträge sollte und wird ausgeschlossen sein.

Von dieser allgemeinen Stellungnahme aus hat die Deutsche Volkspartei am Steuerkompromiß festgehalten. Sie hat dafür aber auch gefordert und erreicht, daß die Grenzen des Kompromisses, die durch die Regierungsvorlage überschritten waren, wieder eingehalten worden sind und daß innerhalb dieser Grenzen die deutsche Wirtschaft weit mehr geschont worden ist, als bei Ausführung des Regierungsentwurfs. Das ist vom Abg. Dr. Heijerlich übrigens ausdrücklich anerkannt worden. Es wäre mehr erreicht worden, wenn die Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei nicht durch die allgemeine politische Lage in ihrer Mitwirkung gehindert gewesen wären, nicht bei wichtigen Bestimmungen gefehlt hätten und wenn der Widerstand der bürgerlichen Regierungsparteien gegenüber der Sozialdemokratie nachhaltiger gewesen wäre.

Zum Steuerkompromiß gehörte auch eine Novelle zum Erbschaftssteuergesetz, die dessen Tarife, Freigrenzen und sonstige Begrenzungen der Geldentwertung anpassen sollte. Mit der Vorlegung eines entsprechenden Entwurfs hat die Regierung trotz Mahnungen durch die Deutsche Volkspartei geögert. Auch als der Entwurf des Zwangsanleihegesetzes eingebracht war, machte sie keine Miene zur Vorlage der Novelle. Unter diesen Umständen ergriff die Deutsche Volkspartei die Initiative und brachte ihrerseits einen Antrag ein. Dieser Initiativantrag verfolgte neben einigen anderen Verbesserungen des Gesetzes im wesentlichen nur Anpassung an die Geldentwertung. In der Generaldebatte über die Steuergesetze ergrühte der Reichsfinanzminister, die Beratung über das Erbschaftssteuergesetz zurückzustellen. Ihm schlossen sich die sozialdemokratischen Parteien an. Demgegenüber bestand die Deutsche Volkspartei auf gleichzeitiger Verabschiedung beider Gesetze, des Zwangsanleihegesetzes und der Novelle zum Erbschaftssteuergesetz. Der Erfolg dieses Widerstandes war, daß die Regierung bei Beginn der ersten Lesung des Initiativ-



trages der Deutschen Volkspartei durch die Zentrumsvertreter nun ihrerseits endlich einen Gegenschritt vorlegte, der, viel weitergehend als der Initiativantrag, eine völlige Umgestaltung, Vereinfachung und Verbesserung des geltenden Erbschaftsteuergesetzes brachte. Auf diesen Entwurf konzentrierten sich alsbald die Verhandlungen. Er ist mit einigen Änderungen Gesetz geworden. Sein Inhalt wird später dargelegt werden. Die Deutsche Volkspartei kann für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, daß ohne ihr Bestehen auf sofortige Erfüllung des Steuerkompromisses und ohne ihre Initiative die Novelle zum Erbschaftsteuergesetz nicht gleichzeitig mit dem Zwangsanleihegesetz verabschiedet worden wäre. Daß die unabhängige Sozialdemokratie wider alle ihre Grundzüge auch der Novelle zum Erbschaftsteuergesetz zugestimmt hat, ist die Folge eines tatsächlich richtigen Vorgehens der bürgerlichen Parteien, die das Zwangsanleihegesetz mit der Novelle zum Erbschaftsteuergesetz so verknüpfen wollten, daß die Gesetze nur einheitlich und gleichzeitig in Kraft treten konnten. Die Novelle zum Einkommensteuergesetz entfiel durch die Initiative der unabhängigen sozialdemokratischen Partei. Sie postulierte Kürzungen und Ermäßigungen der Einkommensteuer an. Sämtliche Parteien mit Ausnahme der Kommunisten haben der Vorlage zugestimmt. Alle haben sich für die Kürzungen und Ermäßigungen eingesetzt. Der Deutschen Volkspartei ist es gelungen, für Kürzungen und Pensionäre besondere Erleichterungen zu bringen. Leider ist ihr Vorschlag, den Unternehmungen die durch den Steuerabzug entstehenden Ungerechtigkeiten, oft in die Millionen gehenden Kosten, d. h. in Wahrheit die vom Reich auf die Unternehmungen abgewälzten Kosten der Steuererhebung, zu erlassen, an mangelnder Unterstützung durch die bürgerlichen Regierungsparteien nicht durchgegangen.

**Die Gefahr einer bayrischen Kabinettskrise.**

München, 21. Juli. Die entscheidenden Beratungen des Landesausschusses der Bayerischen Volkspartei und des Landesausschusses der Deutschen Demokratischen Partei über die Stellungnahme zu den Gesetzen zum Schutz der Republik kamen heute Freitag nachmittag zu ihrem Abschluß. Ueber die Beratungen der Bayerischen Volkspartei erfahren wir, daß die Sitzung außerordentlich zahlreich aus allen Teilen des Landes besucht war. Die Stimmung war durchaus einmütig. Den Vorsitz führte der Parteivorsitzende Speck. Ministerpräsident Graf Berchthold und die vier der Partei angehörenden Staatsminister nahmen an den Beratungen des Landesausschusses teil.

Als Ergebnis veröffentlicht die parteiamtliche „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“ folgendes: Der Landesausschuss ist zu dem einstimmigen Beschluß gekommen, mit allen gesetzlichen und parlamentarischen Mitteln den Standpunkt Bayerns aufrechtzuerhalten zu wahren. Dem Ministerpräsidenten, den übrigen Ministern und den Mitgliedern der Reichstags- und der Landtagsfraktion wurde einstimmig das volle Vertrauen ausgesprochen. Die Sitzung des Landesausschusses der Deutschen Demokratischen Partei, die ebenfalls aus allen Teilen Bayerns überaus stark besucht war, hat einstimmig die bisherige Haltung der demokratischen Landtagsfraktion gebilligt und ebenso einstimmig die von der Fraktion in der „Alldeutschen demokratischen Korrespondenz“ erteilten und von uns bereits gemeldeten Rundgebungen zur gegenwärtigen politischen Lage gutgeheißen.

Angesichts dieser Beschlüsse und der Tatsache, daß der bayrische Landtag am Donnerstag nicht zu einem einheitlichen Beschluß kommen konnte, ist die interpolitische Lage in Bayern als ernst anzusehen. Man rechnet in parlamentarischen Kreisen damit, daß zum mindesten eine teilweise Kabinettskrise in Bayern schon am Samstag zu erwarten ist. Angenommen wird, daß die demokratische Partei ihren Vertreter im Kabinett abberufen wird. Der bayrische Ministerrat wird sich am Samstag vormittag mit dem Ergebnis der Beratungen der Landesausschüsse der Koalitionsparteien befassen. Seine Stellungnahme dürfte nach am Samstag vormittag bekannt gegeben werden. — Die „M. N. N.“ überschreiben eine Betrachtung zur Lage bereits: „Krisis“. Auch die „Bayerische Staatszeitung“ führt aus, daß die Lage als sehr ernst anzusehen ist.

München, 21. Juli. Unmittelbar im Anschluß an die bereits gemeldeten Beratungen der Landesausschüsse der Deutschen Demokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei traten am Freitag abend, wie das ODB. erfährt, die Führer der Koalitionsparteien zu einer interfraktionellen Besprechung zusammen, in der die Ergebnisse der Beratungen der Landesausschüsse, wie wir bereits mitteilen, bekannt gegeben worden sein dürften. Die Besprechung der Fraktionsführer, die nur von kurzer Dauer war, trug streng vertraulichen Charakter. Im Anschluß hieran trat die Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei sofort zu einer Sitzung zusammen, die ebenfalls streng vertraulich war und über deren Verlauf strengstes Stillschweigen bewahrt wurde. Die Sitzung ging erst in den späten Abendstunden zu Ende. Wie das ODB. hört, wird die Fraktion am Samstag vormittag erneut zusammentreten, um definitive Beschlüsse zu fassen.

In politischen Krisen wird der Beschluß des Landesausschusses der Bayerischen Volkspartei dahin aufgefaßt, daß die Partei entschlossen zu sein scheint, die Gesetze zum Schutz der Republik zunächst in Bayern nicht zur Durchführung kommen zu lassen, sondern das letzte parlamentarische Mittel, den Volksentscheid, herbeizuführen. Nach den bisherigen Rundgebungen der Demokratischen Partei, die der Landesausschuss der Partei heute — wie bereits kurz gemeldet — einstimmig gebilligt hat, muß damit gerechnet werden, daß die Demokratische Partei in diesem Falle ihren Vertreter im Kabinett zurückrufen, so daß damit eine Koalition — und eine teilweise Kabinettskrise gegeben wäre. In Kreisen der Bayerischen Volkspartei wird besonders unterstrichen, daß die zu erwartende Haltung Bayerns keine Sabotage der Schutzgesetze und kein Schritt gegen die Reichseinheit bedeuten würde.

Ueber die Haltung der sozialistischen Parteien ist zur Stunde noch nichts bekannt. Mit der Möglichkeit eines Generalstreiks in Bayern für den Fall einer Nichtdurchführung der Schutzgesetze wird namentlich in politischen Kreisen immerhin gerechnet. Welche Konsequenzen eine Ablehnung der Schutzgesetze und die damit gegebene Koalitionskrise in parlamentarischer Sinne haben dürfte, ist zur Stunde noch nicht genau zu übersehen. Der für Samstag vormittag angelegte Ministerrat dürfte über die Haltung der bayerischen Regierung und die der angebotenen Möglichkeiten volle Klarheit bringen.

**Die Lage auch heute noch ungeklärt.**

München, 22. Juli. Die politische Lage in Bayern war auch in den ersten Morgenstunden des Samstag noch nicht geklärt. Wie die „München. N. N.“ melden, ist die Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei in ihrer gestrigen Sitzung in später Abendstunden zu der Meinung gekommen, daß die Partei den Vorhändlungen der bayerischen Volkspartei wohl kaum folgen könne. Den Standpunkt der Deutschen Demokratischen Partei umschließt das gleiche Blatt dahin, daß die Regierung für weitere Versuche, die bestehenden Beschlüsse gegen die Schutzgesetze für die Republik zu befechten, freie Hand haben sollte, daß aber die Grenze der Gefährdung der Partei da liegt, wo die Einheit des Reiches in Frage kommt. Der demokratische Parteiausschuss wird heute Samstag vormittag weiter beraten und sich mit dem gestrigen Fraktionsbeschlüssen zu beschäftigen haben, da die Rundgebung des Parteiausschusses der bayerischen Volkspartei in der demokratischen Partei nicht als Basis für eine weitere Verhandlung, sondern nur als Fallstrick betrachtet wird, der kein Bild von den eigentlichen Beschläffen der bayerischen Volkspartei gewahren lasse.

Der bayrische Minister, das Organ der bayerischen Volkspartei, enthält ebenfalls keinerlei Interpretation des gestrigen Beschlusses des Landesausschusses seiner Partei. Dem Blatt erwähnt lediglich,

daß der Besuch der Versammlung nur in den Septembertagen des Reichstages, als die Entscheidung in der Reichstags- zu fassen war, annähernd gleich stark wie am Freitag gewesen sei. Ferner teilt das Blatt mit, daß die Vertretungen der einzelnen Kreise unabhängig voneinander und ohne weitere Abstimmung nach den Absichten über die Lage ihre Entscheidungen getroffen haben. Sämtliche Erklärungen hätten sich dann einmütig in einer Richtung bewegt.

Die „München. N. N.“ melden über die Haltung der bayerischen Volkspartei, daß sowohl die Fraktionen der bayerischen Volkspartei und Deutschen Volkspartei als auch die beiden Parteien selbst fest entschlossen seien, in der Lebensfrage Bayerns mit denen zusammenzugehen, die einen weiteren Abbruch des wahren Föderalismus und die Verwirklichung der letzten Demokratie Bayerns niemals dulden werden. Das Blatt teilt weiter mit, daß der Vertreter der Reichsregierung in München, Graf Seck, am Freitag abend von München abgereist ist.

Der bayerische Ministerrat wird sich, wie bereits angekündigt, am Samstag vormittag mit den Beschlüssen der bayerischen Volkspartei zu befassen haben. Die „München. N. N.“ betonen, daß die bayerische Volkspartei nach wie vor eine neue Bestätigung des Volkes durch eine Neuwahl anstrebe. Sollte der Ministerrat sich über die Beschläffen der bayerischen Volkspartei nicht einigen können, so würde damit neben der übrigen Spannung auch eine Regierungsbildung nicht ausgeschlossen.

Festzustellen ist noch, daß die Redaktion eines Berliner Blattes, der bayerische Ministerpräsident Graf Berchthold habe seinen Rücktritt angekündigt, um amtlicher Seite als freie Erfindung bezeichnet wird.

**Die Hezge gegen die Getreideumlage.**

Berlin, 22. Juli. (Von unserm Berliner Büro.) Vom Landbund wird leider eine ganz unerwartliche Hezge gegen die Getreideumlage getrieben. Der „Vorwärts“ hat gestern eine überaus bedeutende Rundgebung des Landbundes im Kreise Lebus veröffentlicht. Nun berichtet er noch, daß in der hunsrücker Zeitung der Vorstand des oberrheinischen Landbundes seine Mitglieder auffordert, daß kein Mitglied des oberrheinischen Landbundes sich an der Durchführung des Gesetzes in irgend einer Form beteilige. Der „Vorwärts“ spricht in diesem Zusammenhang von Vaterlandsverrat und er hat diesmal nicht ganz unrecht. Im Rheinland, wo ohnehin die Getreideumlage von den Franzosen zu einer sehr bitteren Agitation gegen die Zusammengehörigkeit mit Reich und Preußen benutzt wird, ist dieses Verhalten des Landbundes schlechthin verwerflich.

**Gefahr im Industriegebiet!**

München, 21. Juli. Die „M. N. N.“ geben eine Bosler Meldung der „Rationalisierung“ wieder, nach der man im rheinisch-westfälischen Industriegebiet allgemein den unmittelbar bevorstehenden Ausbruch eines kommunistisch-bolschewistischen Aufstandes befürchtet. Die Massen seien durch räuberische, meist ausländische Agitatoren verhebt, die überall geheime Zusammenkünfte abhielten und über reiche Fonds verfügen sollen.

**Die Wahl des Reichspräsidenten.**

**Außer Ebert kein Kandidat.**

Berlin, 22. Juli. (Von unserm Berliner Büro.) Es steht nunmehr fest, daß die Wahl des Reichspräsidenten im Januar erfolgen soll. Ursprünglich war der November vorgesehen, und die Sozialdemokraten unterstützten diesen Vorschlag. Sie sollen sich dann aber dem einmütigen Wunsch der Parteien der bürgerlichen Mitte gefügt haben, die sich dagegen ausgesprochen, daß schon in diesem Jahre gewählt würde. Da außer Herrn Ebert kein Kandidat vorhanden ist, der eine Mehrheit der Ration auf sich vereinen könnte, wird die Neuwahl nach menschlicher Voraussicht Herrn Ebert in dem Amt bestätigen, das er mit Takt und Geschick geführt hat, und in dem er sich noch in diesen Wochen sehr erhebliche Verdienste um die innere Ruhe des Vaterlandes erworben hat. Die Frage liegt nahe, ob man unter solchen Umständen nicht besser ist, das Land vor den Aufregungen und Wirren einer, am Ende zweifelsamen Wahl zu verschonen. Die Demokraten wollen daher auch einen Beschluß des Reichstages herbeiführen, der die Amtszeit des Präsidenten zunächst um 2 Jahre verlängern soll. Wir möchten glauben, daß auch bei der Deutschen Volkspartei Meinung besteht, dieser Anregung beizutreten. Uns scheint: Das wäre ein Ausweg, den zu beschreiten sich empfehlen würde, auch auf die Gefahr hin, daß die Kandidatur des Herrn v. Kaahr, die in Kreisen, die ihm nahe stehen, immer noch eifrig betrieben wird und dem auch manche deutschnationale Stimmen im Norden sich zuneigen sollen, ins Wasser fiel.

**Zum Ende der Rathenau-Mörder.**

**Die Untersuchungen in Burg Soled.**

DRB. Berlin, 21. Juli. (Wg. Drahtber.) Ueber die Untersuchungen in der Burg Soled wird berichtet: Ueber den Aufbau und die Teilung der aus der Brigade Ehrhardt hervorgegangenen Organisation O können auf Grund des in Thüringen an verschiedenen Stellen aufgefundenen Materials schon folgende Einzelheiten mitgeteilt werden. Aus den bei Geßner gefundenen Geheimbanden aufgefundenen Dokumenten ergibt sich, daß die Organisation O im Deutschen Reich in eine Reihe von Gaugruppierungen eingeteilt ist, die mit den Buchstaben des Alphabets von A-O bezeichnet werden. Für Thüringen ist L vorgelesen. Die Gauleitung hatte ihren Sitz zur Festnahme der leitenden Personen in Gotha. Vertrauensmänner der Organisation O waren von dort aus auch in anderen rechtsrheinischen Organisationen tätig. Bei der Gauleitung des Gaues L wurde eine geheime Anweisung aufgefunden.

München, 21. Juli. Das „Berliner Tagblatt“ hat gemeldet, daß zwischen den Rathenau-Mördern und München eine telefonische Verbindung zur Begünstigung der Flucht der Täter bestanden habe und daß bereits Helfer von München aus unterwegs gewesen seien. Die Münchener Polizeidirektion hat sich um Aufklärung an das Berliner Polizeipräsidium gewandt, das darauf geantwortet hat, daß die Meldung des „B. T.“ in dieser Form unrichtig ist.

**Aus dem besetzten Gebiet.**

**Eine Abstimmung über die rheinische Frage!**

Köln, 21. Juli. Der „Rheinischen Zeitung“ geht aus angeblich gut unterrichteter eigener Quelle eine Meldung zu, nach der Frankreich noch im Spätherbst dieses Jahres eine Abstimmung über die sogenannte rheinische Frage veranlassen und die britische Regierung dieser Forderung gegenüber nicht mehr so ablehnend dastehen wie bisher. — Dazu schreibt die „Rhein. Ztg.“: Wenn sich die französische Regierung nicht nur aus Wüttern unterrichtet, die nicht in der rheinischen Bevölkerung, sondern in dunklen Waldquellen wurzelt, muß sie wissen, daß die Mehrheit der rheinischen Bevölkerung von einer Loslösung vom Deutschen Reich, ja nicht einmal von Preußen etwas wissen will.

Köln, 21. Juli. Die Debatte der Senats hat wieder einmal ihre Zeit gefunden. In einem Artikel „Die neuen Ziele“, glaubt das Organ des Herrn Smets die rheinische Republik, daß das künstlich zusammengehal-

tene morische Bauwerk des Deutschen Reiches zu verfallen drohe und daß es Sache der alten Rheinländer sei, sich von dem drohenden Chaos, das dem Reich drohe, loszusagen. Jeder Rheinländer soll für eine freie unabhängige Republik eintreten. In einem weiteren Artikel „Was wir wollen!“ erhebt die sogenannte „Rheinische republikanische Volkspartei“ eine Reihe von Forderungen wie: freies ungeschmälertes Selbstbestimmungsrecht unter Kontrolle des Völkerbundes, eine rheinische Finanzkontrolle, Verbot des Reichsmietengesetzes, restlose Arrestbelegung und Einziehung aller fiktionalen Einnahmen und Steuern, die Preußen aus dem Rheinland beziehe, durch die Interalliierte Rheinlandkommission, Abschaffung des zehnprozentigen Lohnabzuges, Unterstellung der Polizei des besetzten Gebietes unter den ausschließlichen Befehl der Rheinlandkommission usw. In allen Forderungen wird nicht ein einziges Mal das Wort „deutsch“ gebraucht.

**Deutsches Reich.**

**Alterspräsident Rieck.**

Berlin, 22. Juli. (Von unserm Berliner Büro.) Der Alterspräsident des Reichstages, der mehrheitssozialdemokratische Abgeordnete Rieck ist, wie der „Vorwärts“ meldet, gestern gestorben. Rieck, dem man mit seinem immer noch rüstlichen Volkstanz seine 80 Jahre kaum anah, hat dem Reichstag nur seit 1920 angehört. Seine erste Aktion im Reichstag war die Wahrnehmung der Geschäfte des Alterspräsidenten. Seitdem ist er dann kaum mehr hervorgetreten.

**Nachspiel zur letzten Reichstagsagung.**

Berlin, 22. Juli. (Von uns. Berliner Büro.) In der letzten Sitzung vor den Ferien hat bekanntlich der sozialdemokratische Abgeordnete Reil gegen den deutschnationalen Abg. Bazille Beschwerden erhoben, aufgrund der ihm als württembergischer Arbeitsminister zugewiesenen Ämter. In der gestrigen Sitzung des württembergischen Landtags hat nun der Abgeordnete Bazille die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gegen den Minister Reil beantragt.

**Noch weitere Amtsentsetzungen in Preußen.**

Berlin, 22. Juli. (Von unserm Berliner Büro.) In Preußen sind, wie wir hören, noch einige weitere Amtsentsetzungen zu erwarten.

**Eröffnung des Würzburger Studententages.**

Berlin, 22. Juli. (Von uns. Berliner Büro.) Der in Würzburg verbotene Studententag ist, wie aus Würzburg gemeldet wird, gestern dort eröffnet worden. Man war sehr entsetzt über die Behauptung des preussischen Staatskommissars, daß nach der politischen Einstellung der Teilnehmer die Verhaftung begründet wäre, daß bei der Lagung der Würd an Rathenau geübelt oder gar verhetzt werden könnte. Man nahm eine sehr scharfe Entschärfung an gegen das Verbot der Würzburger Lagung und die Art seiner Begründung. Dann wurde die Studentenschaft der Universität Gießen beauftragt, gegen den Vorstand der deutschen Studentenschaft, Franz Holzwarth auf Feststellung der Wöttinger Einheitsverfassung und der Hanseer Beschlüsse zu sorge.

**Um den Fredericus-Film.**

Berlin, 22. Juli. (Von uns. Berliner Büro.) Der Antrag der heftigen Regierung auf Verbot des Fredericus-Films ist von der Filmoberprüfungsstelle gestern zurückgewiesen worden.

**Baden.**

**Die Hochschulen im 1. Nachtrag zum Staatsvoranschlag.**

Karlsruhe, 20. Juli. Am außerordentlichen Etat werden im 1. Nachtrag zum Staatsvoranschlag für die Universität Heidelberg u. a. angefordert 6 Millionen als letzte Rate für den Neubau der medizinischen Klinik, ferner zwei Millionen als dritte Teilzahlung für den Neubau der Orthopädischen Klinik, die sich samt Einrichtung nach den heutigen Berechnungen auf etwa 17,5 Millionen Mark stellen wird. Für bauliche Änderungen an den Klinikgebäuden der Heidelberger Universität werden 1,8 Millionen Mark und zur Deckung der Gehaltsbeträge der Kliniken, die trotz mehrfacher Erhöhung der Vergütungsgelöhnen eingetretten sind, 3.250.000 Mark notwendig. Die Erhöhung der Dotation zur Deckung der Mehraufwendungen der Universität Heidelberg, insbesondere für persönliche Mehraufgaben erfordert nahezu 3/4 Mill. Mark.

Die Universität Freiburg benötigt zunächst für den Neubau der Anatomie (die alte Anatomie wurde während des Krieges durch Fliegerangriffe zerstört) 1 1/2 Millionen Mark. Die Bautkosten für die neue Anatomie sind auf über 10 Millionen Mark veranschlagt. Zur Deckung von Gehaltsbeträgen der Augen-, Frauen- und der Urologischen Klinik sind 895.000 Mark notwendig, für größere Instandsetzungsarbeiten an Universitätsbauten werden 350.000 Mark verlangt und die Erhöhung der Dotation zur Deckung der Mehraufwendungen der Freiburger Universität, insbesondere für persönliche Mehraufgaben macht 4.708.000 Mark nötig. Zu diesen Beträgen kommen noch einige kleinere für Instandsetzungsarbeiten usw.

Bei der Technischen Hochschule Karlsruhe er scheinen im Nachtrag eine Forderung von ungefähr einer Million Mark, die verwendet wird für größere Instandsetzungsarbeiten, zur Ergänzung des Lehrmaterials und für sonstige Institutsarbeiten. Die Erhöhung der Dotation zur Deckung der Mehraufwendungen an der Karlsruher Hochschule macht nahezu 3 Millionen notwendig.

**Wer wird Präsident des Landesfinanzamts?**

Karlsruhe, 21. Juli. Der „Badische Beobachter“ nennt die Meldung des „Volksfreunde“, daß Geh. Rat Dr. Schmidt zum Präsidenten des Landesfinanzamts auszuwählen sei, eine tendenziöse, aus der Luft gegriffene Mitteilung.

**Das Ende des Rillinger Prozesses.**

Karlsruhe, 21. Juli. Das Badische Justizministerium wird dem Vernehmen nach die Staatsanwaltschaft Offenbach anweisen, die von ihr gegen das freisprechende Urteil des Schwurgerichts beim Reichsgericht angemeldete Revision im Prozeß wegen Rillinger zurückzuziehen. Damit wird das Strafverfahren gegen den Angeklagten wegen Mitternacht beim Beginn des Todes an Grabberger endgültig beendet sein. Unberührt bleibt davon das Verfahren gegen Rillinger wegen Geheimbündel, das in München oder vielleicht jetzt vor dem neuen Staatsgerichtshof in Berlin verhandelt werden wird.

Karlsruhe, 21. Juli. In der am Montag nachmittag stattfindenden Sitzung wird sich der Landtag zunächst mit der von deutschnationaler Seite eingereichten förmlichen Anfrage über die Geheimverträge des Generalkommandos des 14. Armeekorps befassen. Die Tagesordnung für die weiteren in der nächsten Woche stattfindenden Sitzungen umfaßt dann noch verschiedene Gesetzesänderungen und die Beratungen des 1. Nachtrages vom Staatsvoranschlag.

**Letzte Meldungen.**

**Die Streiklage in Amerika.**

Paris, 21. Juli. Nach einer Meldung der Chicago Tribune aus Washington zieht die Regierung die Einfuhr von Kohlen namentlich aus England und die Verwendung von Fahrzeugen des Schiffahrtswesens in Betracht, um die Kohlen der Streiklage zu besitzigen. Mehr als 180 Eisenbahngesellschaften sind aus dem Verkehr genommen worden. Aus dem ganzen Lande treffen immer noch Nachrichten über Streikunruhen zu.



### Gegenwart und Zukunft des deutschen Handwerks.

Von Dr. E. Blenke-Hannover.

Die sogenannten Kathedersozialisten, das heißt die sozialwissenschaftlichen Hochschullehrer der letzten und vorletzten Jahre des vorigen Jahrhunderts, hatten ziemlich widerstandslos die sozialistische Propaganda übernommen, daß die Entwicklung der Maschine und der Fabrik das Handwerk allmählich vernichten müsse. Die deutsche Gelehrung beugte sich ebenfalls zeitweise dieser Lehre, man sprach durch Einführung der Gewerkschaften im Jahre 1869 die alte strenge Organisation der Zünfte und Gilden, ohne etwas Neues an deren Stelle zu setzen. Der hierauf einsetzende Niedergang des Handwerks war schmerzlicher als man je gedacht hatte. Außer dem Geschick für gute Form wurden gute Ausbildung und die gute technische Handfertigkeit im Handwerk allmählich zugrunde geschoben. Es gab Schneiderlehrlinge, die sich nach einjähriger Lehrzeit, selbstständig machen, den Meisterstitel wollte niemand mehr führen, sondern jeder legte sich die Bezeichnung „Fabrikant“ bei. Die Vermittlung allen guten Geschmacks im Bauwesen und im Innenausbau erregt noch Grauen bei rückwärtiger Erinnerung. Die Meisterhäuser der neueren Städte in ganz Deutschland sind hierfür ein trauriger Beweis. Alle Förderer des Handwerks suchten zu retten, was zu retten war. Die öffentliche Meinung wurde allmählich umgestaltet. So fand sich 1897 — selber viel zu spät — eine Reichstagsmehrheit, die ein neues Handwerksgesetz schuf und dadurch wenigstens die Innungsorganisationen, wenn auch in etwas schwächerer Form, wieder erweckte. Das Hauptstück des Gesetzes war der Schutz der Meisterlehre und des Meistertitels, die Einführung der Gesellen- und Meisterprüfung und die Errichtung von Handwerkskammern, die als Selbstverwaltungskörper das Gesetz durchführen sollten.

Das war im Jahre 1897; heute nach 25 Jahren kann man von einem wiedererstandenen deutschen Handwerk sprechen. Die Tätigkeit der Kammern und Innungen schuf vor allem die Aufführung über den Bestand und Wert des alten deutschen Handwerks und erweckte dadurch so nachhaltige Eindrücke, daß nicht nur die Staatsverwaltung und die Parlamente, sondern auch schaffende Künstler aller Art, Architekten, technische Sachverständige, die uneheliche Handwerkerarbeit für die deutsche Gewerbeentwicklung erkannten und betonten. Ja selbst im Fabrikgewerbe, in der Großindustrie, die nach der alten Lehre das Handwerk befähigen sollte, empfand man deutlich, daß gute handwerkliche Technik die unersetzliche Quelle aller guten Qualitätsproduktion bildet. Dieser Gedanke wurde vor allem in dem 1908 gegründeten Deutschen Werkbund anerkannt, der schon in seiner ersten großen Ausstellung zu Köln 1914 und noch mehr in der diesjährigen Gewerbeausstellung in München klar bewies, daß alle gute Wertarbeit auf ein gutes Handwerk zurückgeht. Auch die Kunstgewerbeschulen und die erst seit 20 Jahren kurz erblickten Fortbildungsschulen haben sich auf diesen Gedanken eingestellt. Die Meister, Gesellen und Lehrlinge, die unter der geordneten Fucht des Gesetzes von 1897 nimmer groß geworden sind, haben wieder etwas von dem alten Selbstbewußtsein des stolzen mittelalterlichen Handwerks gewonnen. Der Meistertitel kommt wieder zu Ehren. Nachdem man auch die wissenschaftliche Statistik und Lehre, freilich noch immer etwas widerwillig feststellen mußten, daß das Handwerk durch die Maschinen keineswegs verdrängt und daß die Zunahme der Handwerkerbetriebe — heute schätzt man sie auf 1.700.000 in Deutschland — unerkennbar sei, hat man das Handwerk als vollberechtigten Beruf neben Handel, Industrie und Landwirtschaft überall wieder anerkannt und hat ihm z. B. in dem Reichswirtschaftsrat eine verhältnismäßig starke Vertretung zugesichert.

Der Reichsverband des Deutschen Handwerks, der sich nach dem Kriege aus den Innungen und Handwerkskammern, aus den Genossenschaften und Gewerbevereinen des Handwerks zusammengeschlossen hat, ist nun heute der Sprecher für neue Wünsche seines zünftigen, starken Berufsstandes. Demnach wird der Reichstag ein neues Berufsgesetz für das deutsche Handwerk erlassen müssen. Allein wird hauptsächlich eine länderliche Pflichtorganisation für jeden selbständigen Handwerker in fachlichen Pflichtinnungen gefordert. Diese Innungen hießen in Handwerks- und Gewerbevereinen, denen man einen starken Einfluß auf die gesunde Ausbildung des Nachwuchses und auf die Bewahrung des Handwerks an den deutschen Wirtschaftsaufgaben zuwillingen will. Trotzdem muß das Handwerk einen starken Kampf gegen den in der Revolution hervorgerufenen marxistischen Einfluß führen. Die Gedanken, den selbständigen Gewerbebetrieb durch Sozialisierung und Kommunisierung zu verstaatlichen, die Gesellen und Lehrlinge des Handwerks in die allgemeine Arbeiterarmee zu überführen und den Großbetrieben eine herrschende Stellung im deutschen Wirtschaftsleben zu geben, werden von gewissen Parteien unablässig verfolgt. Sie haben heute ihren Niederschlag in den neuen Gesetzesvorstellungen über den Arbeitsnachweis, über die Schlichtungsordnung, über das Tarifrecht und über den Arbeitsstundenlohn. Auch die immer neuen Steuern, namentlich die Gewerbesteuer, bedrohen das Handwerk mit tatsächlicher Vernichtung. Die Bewahrung des Handwerks an den großen Aufgaben der Städte und Gemeinden, an den Reparationsleistungen für den Friedensvertrag, erfordert man immer wieder abzuschwächen, obwohl die Kriegswirtschaft sich sehr stark auf das Handwerk stützen mußte.

Man darf hoffen, daß das neu erstarkte deutsche Handwerk, wenn es weiter einig bleibt, diese Gefahren überwindet. Es hat sich neben den gewöhnlichen Organisationen noch außerdem starke

politische Kampfverbände in den allerorts gegründeten großen Handwerkerbänden geschaffen, deren kräftige Kundgebungen in den großen Handwerkerlagern, verbunden mit Demonstrationsumzügen namentlich in Norddeutschland, viel Beachtung finden. Auch im Reichstag und in den Landtagen hat sich die Zahl der Handwerkerabgeordneten stark vermehrt. Gegenwärtig dringt sich die Ueberzeugung Bahn, daß auch der Handwerksberuf geistig und körperlich gut gebildete Kräfte für seinen Nachwuchs braucht. Junge Leute mit dem sogenannten Einjährigdiplome, ja selbst mit dem Reifezeugnis entschließen sich mehr und mehr zu diesem Beruf. So geht das alte deutsche Handwerk einer neuen Zukunft entgegen, einer Zukunft, die allerdings getragen werden muß von einer kräftigen Anerkennung dieses Standes in der Gesetzgebung, in der Verwaltung, in der Wirtschaft und in der öffentlichen Meinung.

### Städtische Nachrichten.

Aus der Stadtratsitzung vom 20. Juli 1922

#### Umwandlung der Feudenberg-Abteilung der Oberrealschule in eine selbständige Anstalt.

Schon im Jahre 1913 wurde von der städtischen Kollegien die Errichtung einer dritten Realschule beschlossen. Das Unterrichtsministerium beschloß jetzt die Umwandlung der Oberrealschule in Feudenberg in eine selbständige Realschule umzuwandeln. Die Stadt erklärt sich damit mit der Maßgabe einverstanden, daß die Anstalt einen sechsjährigen Lehrgang erhalten soll und die Schüler der sechsten Klasse bei ihrem Abgang keine Prüfung abzulegen brauchen. Beim Unterrichtsministerium soll angeregt werden, an der Handelsrealschulabteilung der Oberrealschule die bisherige Abgangsprüfung in Wegfall kommen zu lassen. An die Stelle dieser Prüfung soll ein Schlußzeugnis treten.

#### Weitere Verteuerung der Fleischwaren.

Infolge weiterer Erhöhung der Kohlenpreise und des Personalaufwandes werden mit Wirkung vom 1. August an die allgemeine Schlachgebühren von 1.50 auf 2.30 M. je Kg. und die übrigen Gebühren des Schlacht- und Blechhofes durchschnittlich um 50 v. H. erhöht.

\*

Aus Anlaß ihres 25jährigen Geschäftsjubiläum hat die Rhein-Elektrozugs-Aktiengesellschaft hier hiesigen Wohlfahrtsvereinigungen, auch städtischen, namhafte Geldbeträge zugewendet. Hierfür wird mit großem Dank Kenntnis genommen.

Zum Vollzug des Reichsmietengesetzes wird ein Ausschuss für Mietzinsbildung (Mietenausschuss) gebildet.

#### Aus der Sitzung des gemischten beschließenden Ausschusses vom 19. Juli 1922.

Die Kanal-, Müllabfuhr- und Straßenreinigungskosten haben infolge der ab 1. Juni und 1. Juli eingetretenen Lohn- und Gehaltssteigerungen, sowie der inzwischen eingetretenen Verteuerung der Materialien eine bedeutende Steigerung erfahren. Zur Deckung dieser Mehrausgaben ist eine Erhöhung der Gebührensätze ab 1. Juli unvermeidlich. Die Gebühr beträgt nunmehr: Kanalgebühr: 15 Proz. des Nutzungswerts (bei Fäkalienentleerung), 11 Proz. des Nutzungswerts (ohne Fäkalienentleerung), Müllabfuhrgebühr: 28 Proz. des Nutzungswerts, Straßenreinigungsgeldgebühr: 22½ Proz. des Nutzungswerts.

#### Die Wohnabgabe.

Erhöhung der Wohnabgabe für 1922 von 2% auf voraussichtlich 20%. Eine 2½tägige Konferenz, die gestern nachmittag im Turm des Rathauses zwischen den zuständigen städtischen Behörden und den Vertretern der Bauge nossenschaften, der Hausbesitzer und Mieter und der Presse stattfand, beriet eine für die Mannheimer Mieter höchst unangenehme Ueberbesserung zuzuge: die auf 2% festgesetzte Wohnabgabe, die inzwischen von der badischen Regierung auf 5% erhöht wurde, wird voraussichtlich auf mindestens 20% des Steuerwerts gesteigert werden müssen, wenn die Stadterwaltung in der Lage sein soll, das Bauprogramm des Jahres 1922 in dem vorgesehenen Umfang zur Ausführung zu bringen. Man wies sich, wenn dazu die durch das Reichsmietengesetz geschaffene sog. gesetzliche Miete zum Einzug gelangt, auf eine Verzehrung der Friedensmiete gefast machen müssen. Die einleitenden Ausführungen des Dezernenten des städt. Wohnungswesens, Herrn Bürgermeister Dr. Walli, über die immer bedrückender werdenden Wohnungsverhältnisse machten auf die erschienenen Damen und Herren einen so tiefen Eindruck, daß gegen die geplante erhebliche Erhöhung der Wohnabgabe keine Einwände erhoben wurden, im Gegenteil, selbst von dem Vertreter der Mietervereinigungen wurde zugegeben, daß eine alle Erwartungen weit übersteigende Belastung der Mie-

ter nicht zu umgehen ist, wenn die Neubautätigkeit in großzügiger Weise fortgesetzt und damit dem Wohnungselend einigermaßen geheuert werden soll.

Herr Bürgermeister Dr. Walli begann seinen einleitenden Vortrag mit zwei Wohnungen. Das Bürgermeisterramt werde derzeit mit Eingaben von Wohnungsuchenden überhäuft, daß es ein Ding der Unmöglichkeit sei, jedes Gesuch in der wünschenswerten Weise zu prüfen. In 99% der Fälle müsse eine Abgabe erfolgen. Eine volle Arbeitskraft des Bureaus werde durch die Bearbeitung der Eingaben in Anspruch genommen. Es gebe Fälle, in denen es nicht so dringend notwendig wäre, das Bürgermeisterramt mit Eingaben zu bombardieren. Das Wohnungselend verfolge in außerordentlich wenigen Fällen über eine zur Verfügung stehende Wohnung, und zwar nur dann, wenn der Hauseigentümer die Wohnung nicht selbst vermietet oder wenn er Schwierigkeiten vor habe. Es wäre wirklich gut, wenn ein kleiner Rückgang der Eingaben eintreten würde. Ebenso nehmen die zahlreichen Vorfragen unendlich viel Zeit in Anspruch. Die zweite Wohnung richtete Herr Dr. Walli an die Presse. Es ärgere ihn jedesmal, wenn er in der Zeitung die Wohnungsgesuche lese: Preis nebenfalle. Das sei für die große Masse außerordentlich aufreizend. Er halte es deshalb für eine Pflicht der zuständigen Stellen, derartige Anzeigen zurückzuweisen.

Hierauf kam Herr Dr. Walli auf die Wohnabgabe zu sprechen. Man habe geglaubt, daß 2% zur Finanzierung des diesjährigen Bauprogramms ausreichen würden. Inzwischen wurde es infolge der kolossalen Steigerung der Baustoffpreise notwendig, das Reichsgesetz und badische Gesetz zu ändern und die Wohnabgabe zu vergrößern, so daß nunmehr in Baden mindestens 5% der Mannheimer Friedensmiete erhoben werden müssen. In den letzten Wochen hat sich die bedauerliche Tatsache herausgestellt, daß auch mit dem Satz von 5% nicht auszukommen ist. Der Preis der Baustoffe hat sich folgendermaßen gesteigert: bei Bausteinen auf das 9fache, Portlandzement 7fache, Weichholz 12fache, Rheinland 8fache, Biberichsmühle 7fache, Holztafel 7fache, Dachpappe 10fache, Asphalt 12fache, Bauholz 15fache. Die Löhne haben nicht in gleicher Weise zugenommen. Die Maurer verdienen im Frieden pro Tag 6.40 M. (10 Stunden). Am Juli 1922 beträgt der Stundenlohn 37.50 M. der Wochenlohn bei 48stündiger Arbeitszeit 1800 M. Die tatsächliche Steigerung beläuft sich demnach auf 58.6%, ermäßigt sich aber auf das 48fache, weil nur noch acht Stunden gearbeitet wird. Herr Dr. Walli meinte, er müsse es selbst auf die Gefahr weiterer Demonstrationen hin für unrichtig halten, wenn er über die gegenwärtige Lage eine solche Darstellung geben wollte. Es komme weiter hinzu, daß die Stadterwaltung nicht in der Lage sei, Anleihen zur Deckung des unrentierlichen Bauaufwandes aufzunehmen, weil sie einfach kein Geld mehr bekomme. Deshalb sei man gezwungen, die Wohnabgabe zur unmittelbaren Deckung des Bauaufwandes zu verwenden. Wenn die Stadterwaltung nicht eine sehr erhebliche Abgabe erhebt, müsse sie die Bauten einstellen.

Er habe vor kurzem die Bauge nossenschaften auf die drohende Gefahr aufmerksam gemacht und gebeten, darauf hinzuwirken, daß die Erhöhung durchdringe, daß eine sehr große Wohnabgabe erhoben werden müsse. Leider sei der Wohnungsmarkt trotz aller Bemühungen schlechter geworden. Die Zahl der Einwohner hat sehr stark zugenommen. Nach dem vorläufigen Ergebnis der im Juni d. J. vorgenommenen Zählung beträgt die Zahl der Einwohner 240.500. Am 1. Dezember 1910 wurde eine Einwohnerzahl von 206.000 einschließlich Sandhofen und Rheinau ermittelt. Die Fortschreibung ergab am 1. Juli 1914 226.400, am 1. Januar 1919 228.500 Einwohner. Die Vermehrung ist teils auf den natürlichen Zuwachs, teils auf den Zuzug zurückzuführen. Die Zahl der Haushaltungen hat sich ebenfalls bedeutend vermehrt: von 50.073 im Dezember 1916 auf 54.400 im Oktober 1919. Die Zahl der als dringlich anerkannten Wohnungsgesuche betrug am 1. Juli 1922 gegen 4861 am 1. Oktober v. J. Wenn man sich diese Zahlen vor Augen halte, dann werde man es begreiflich finden, daß er für seine Person zur Einschränkung des Bauprogramms nicht rate. Das Wohnungselend in seiner trübseligen Form wird durch folgende Feststellungen beleuchtet: Am 1. April d. J. waren 46 Wohnungsgesuche gemeldet, die mit 6 und mehr Personen in einem Zimmer ohne Küche untergebracht waren. 52 Familien hatten für 8 und mehr Personen nur ein Zimmer mit Küche zur Verfügung.

Man werde sich also, sobald der Bürgerausschuss seine Zustimmung gebe, auf eine bedeutende Erhöhung des Wohnungsaufwandes gefast machen müssen. Diese Erhöhung werde nicht nur durch die Wohnabgabe eintreten, sondern auch in Vollzug des Reichsmietengesetzes. Welche Sätze auf Grund dieses Gesetzes zustande kommen, weiß Herr Dr. Walli noch nicht. Die erste Sitzung des Mietenausschusses findet erst nächsten Montag statt. Eine angenehme Ueberbesserung für die Mieter werde der Beschluß nicht sein. Herr Dr. Walli nimmt an, daß 20% des Steuerwerts des Hauses als Wohnabgabe erhoben werden. Es sei selbstverständlich, daß sich eine derartige Erhöhung nicht aus dem

### Bewahren Sie Ihre und Ihrer Kinder

Zahnarzt dem Verfall, indem Sie nur Zahnarzt Zahnpulver „Nr. 23“ Dr. Bahrs anwenden. — Jede echte Packung trägt Dr. Bahrs' Namenzug. S38 Drogerie, H. Geyer, Mittelstr. 60; Drogerie, H. Marek, Gontardplatz 2; Drogerie, F. Becker, am Spiesmarkt; Schloß-Drogerie, L. Böhler, Drogerie, H. Huppertz, Schwetzingenstr. 26; Drogerie, Ludwig & Schmittling.

### Wiener Operettenspiele.

Schwarzwaldbäder.

Wir wollen uns wehren! — sagte ich in der Mannheimer Musikzeitung Nr. 13, am 6. Juli — gegen eine possenhafte oder eine operettenspielerische Umdeutung unserer komischen Opern, wie sie allmählich an unserem Nationaltheater lebend und schwebend wird. Wir dürfen also, auch wenn wir die Schwierigkeiten der Sommeropette gelten lassen, ein etwas höheres Niveau der Operettenspiele erwarten. Namentlich wenn und weil man sie Wiener Operettenspiele nennt. Aber in Deutschen Bühnen-Jahrbuch 1922 nachsehen mag, der wird bald herausfinden, daß der Titel „Wiener Operettenspiele“ heute nicht zutrifft. Aber auch die Leitung der Herren Wagner und Pögl gab dem Ganzen keine bessere Ausrichtung. ... Bergische sind möglich, und der Vergleich mit der Uraufführung in der sogenannten „Komischen Oper“ in Berlin (der ich im August 1917 beimohnte) hat nur infolgedessen Berechtigung, als er das Urteil mildern konnte. In einem ganz kleinen Theater mit gutem Orchester, das Leon Jessel selbst leitete, sind natürlich alle Wirkungen leicht zu erreichen, die unser den Rufen geübter Operettenspieler verlangt. Auch kommen solche Berliner Uraufführungen immer als „Ereignisse“ heraus; selbst Berliner Sackgassen-Straße immer noch etwas aus; durch den Reiz einer alle Mängel des Bühnen und der Kunst überdeckenden Aufmachung. Endlich: es wird den besten Operettenspieler allen angeschlossen und anprobiert. Das Wort Probe bekommt eine neue Bedeutung, und 10 Proben für solche Uraufführungen waren lange Zeit eine Durchschnittszahl. ... Das Ding hat noch eine Redefreiheit. Auch in Berlin sind die guten Operettenspieler selten. Und so habe ich der Wahrheit gemäß zu bekennen, daß Stimme, Gesangstalent und naturfrische Darstellung, wie sie gestern Fraulein Gondà bot, der Berlinerinnen von 1917 vorgezogen waren.

Von der Finanzmorce aus gesehen sind überhaupt erste Operettenspieler selten und — mangels aller „Richtpreise“ — recht sparsam. Wir werden also mit Herrn Hofmeier, der dem Publikum gefiel, als: Fraulein Ute König, Hilde, die Bergische und die Nachfolgenden, unter denen namentlich die Herren Wagner und Pögl zu nennen sind. Natürlich schon Herr Wagner als der Berliner Schmuckstein den Vogel ab. Das man ihm wie die alte Trudel (Franz Helene Stassin) mit donnergewaltigen Applaus beehrte, gehört ebenso zum Bild der Operettenspieler. ... M. Bl.

### Der unbefiegbare Himalaya.

Wie bekannt, ist die Expedition, die die Besteigung des höchsten Berges der Welt, des Mount Everest, ausführen wollte, zurückgekehrt, ohne ihr Ziel erreicht zu haben. Bei den wiederholten Versuchen, die höchste Himalaya-Spitze zu erreichen, sind eine ganze Anzahl von Mitgliedern der Expedition ausgefallen. Sie haben meist so schwere Frostwunden davongetragen, daß sie sich in das tiefer gelegene Gebiet begeben mußten. Ueber den letzten Versuch, der gemacht wurde, berichtet der Führer der Expedition, General Bruce, ausführlich in einem Brief, der der „Times“ voripäet zugewandt ist und jetzt veröffentlicht wird.

Dieser letzte Versuch fand am 7. Juni statt. General Bruce berichtet, daß der Versuch Anfang Juni in gefährliche Nähe rückte und daß deshalb nötig wurde, die Lager abzubrechen. Während dies geschah, sollte noch einmal ein Anstieg unternommen werden, und die sechs Mitglieder der Expedition, die noch übrig geblieben waren, wollten dann bei ihrer Rückkehr von dem letzten Versuch mit den abgebrochenen Lagern zusammen das Himalaya-Gebiet verlassen. Am 3. Juni brachen sie von dem Hauptlager auf. In der darauffolgenden Nacht legte ein Schneesturm ein, der 36 Stunden anhielt und einem der Steiger die weitere Teilnahme verleidete. So blieben nur noch fünf übrig, die im Laufe der nächsten Tage das letzte Lager erreichten und von dort nach dem Nordpol anzufestigen versuchten. Der Nordpol ist jener Punkt, den die erste Expedition im vorigen Jahre erreicht hatte, und von dem aus ein direkter Weg den Berggipfel entlang zur höchsten Höhe führt. Am 6. Juni begann der Aufstieg auf den Nordpol. Es war ein Tag voll strahlenden Sommerheims. Da man bei einem allzu frühzeitigen Aufbruch Gefahr läuft, sich die Füße zu erfrieren, so geschah der Aufbruch erst um 8 Uhr früh.

Die Karawane bewegte sich den Abhang hinauf, die fünf Europäer voran und vierzehn Kulis mit Vorräten und Sauerstoffapparaten im Gefolge. Der Schnee war fest, und man kam unter diesen Umständen gut vorwärts. Während um 120 nachmittags fiel ein trübendes Geräusch den Rücken der Berggipfel entlang, und in demselben Augenblick setzte sich der Schnee an den Abhängen in Bewegung. Die fünf Europäer, die zusammen angefaßt waren, wurden in die Tiefe gerissen, konnten sich aber nach einem mehrere hundert Meter langen Gleiten wieder auf die Füße bringen. Die Kulis, die in zwei Partien angefaßt waren, trieben rascher den Hang hinauf, einen Abhang entgegen. Eine davon konnte sich am Rande des Abgrundes festhalten, die andere überwand mit dem Schneemassen im Abgrund und fand dort ihr Grab. Sieben Kulis kamen auf diese Weise ums

Leben, während die anderen Teilnehmer sich von dem Schnee befreien konnten. Damit hätte die Expedition ihr Ende erreicht, und General Bruce schreibt ziemlich resigniert zum Schluß, der Himalaya habe gegen alle Angriffsversuche zwei neue Verbündete: die außerordentlich kurze Zeit, in der eine Besteigung überhaupt möglich ist, und zweitens furchtbare Westwinde, die selbst in dieser kurzen Zeit das Vorwärtkommen ungeheuerlich erschweren.

### Kunst und Wissen.

Fraulein Emma Hofmann, eine junge Mannheimerin (Schau- spielschule Dietz) wurde als erste Heldin und Liebhaberin an das Stadttheater in Koblenz verpflichtet.

Erwählter Prof. Dr. Hans Driesch, der frühere Heidelberger Philosoph und jetzige Dozent an der Leipziger Universität, hat einen Ruf als Gastprofessor nach China erhalten und angenommen. Prof. Driesch wird 10 Monate in China verweilen und in Peking wohnen, wo auch sein Hauptwirkungsbereich sein wird. Jedoch hat er sich auch bereit erklärt, in den anderen größeren Städten Chinas, in Kanton, Hankau und Schanghai gelegentlich zu dozieren. Auf seiner Rückreise nach Deutschland gedenkt Driesch einige Vorträge in Japan und Nordamerika zu besuchen und vielleicht auch einige Vorträge in diesen Ländern zu halten.

Von der Freiburger Studentenenschaft. Bei den Wahlen zum Allgemeinen Studentenausschuss an der Universität Freiburg erhielten der Hochschulrat Deutscher Art 9 Sitze, der Verband kathol. deutscher Studierender 8 Sitze, die Freie Hochschulgruppe 5 Sitze und die Deutschen Freistudenten 3 Sitze.

Deutsche Meisterpiele. Der Intendant des Landes- theaters in Rudolstadt, Erwin Hahn, plant für das nächste Spieljahr die Aufführung deutscher Dramen, bei denen die Hauptrollen jeweils von den besten deutschen Schauspielern dargestellt werden sollen. Der Julius soll außer klassischen Werken eine Anzahl neuerzeitlicher Dramen umfassen.

Krise im Burgtheater? Mit dem Beginn der Theaterferien sind die bereits häufig in Umlauf gehaltenen Gerüchte über Rücktrittsabsichten des Direktors des Wiener Burgtheaters, Dr. Wildgans, neuerdings aufgeloht. Es wird nunmehr der bisherige Regisseur des Burgtheaters, Schauspieler Paulsen, als wahrscheinlicher Nachfolger von Dr. Wildgans besprochen.

Ein neuer Musiklo. Aus Baltimore wird dem „Kunstman- nerver“ gemeldet, daß ein Benediktiner bei der Restaurierung von Bildern im Hause des hiesigen Kardinals einen Musiklo entdeckt hat. Man nimmt an, daß das Gemälde einst von Ludwig XVI. dem Bischof Carol geschenkt worden ist.



# Bildung und Unterhaltung

## Gestalten der Heimat.

Von Karl W. H. L.

### 3. Dichter und Maler des Odenwaldes und der Bergstraße.

Der Odenwald und die Bergstraße haben eine zahlreiche Literatur aufzuweisen. Ranzher Dichter und mancher Maler haben ihnen einen Teil ihres Schaffens gewidmet. Was sie besonders angeregt, haben die Künstler in dieser oder jener Form festgehalten. Die meisten sind ihnen nicht fern geblieben, wenn sie die Umstände nach anderen Gegenden geworfen haben. Bei vielen hat die Wiege gar nicht in genannten Gauen gestanden, aber trotzdem haben sie Werke hervorgebracht, die ewig genannt zu werden verdienen. Von einem bodenständigen Dichter oder Maler des Odenwaldes oder der Bergstraße läßt sich schwer reden.

Bischoff hat Philipp Hugbaum das meiste Anrecht, Odenwaldsdichter heißen zu werden. Zu Rauhheim am Rain 1843 geboren, wirkte er im tiefen Gebirge lange Jahre als Lehrer und studierte hier die Volkssprache. Nach seiner Pensionierung als Bensheimer Seminarlehrer warf er in rader Folge zahlreiche Werke auf den Tisch. Er konnte in den wenigen Jahren seiner Lebensabende so fruchtbar sein, das alles, was er schrieb, lebendig vor seiner Seele stand. Von Dichtungsbildern keine Spur. Eigenes Leben steht hinter seinen sämtlichen Erzeugnissen. Anschaulich und ursprünglich sind daher die hervorzuhebensten Eigenschaften seiner Prosawerke. Er nimmt den Odenwälder Volksleben, wie er ist, schwerfällig, eigenartig, verb. gemächlich, distlich. Pflanzen- und Tierkunde, Gesteine, Sitten und Gebräuche, Handarbeit und die Odenwälderfelle hat er wie fast keiner in der Schilderung zu meistern gemocht. Sein bestes Werk ist m. E. „Der Moosbauer“, über den sich J. H. Heer so hervorragend ausgesprochen hat. Aus dem Odenwälder Volksleben sind geschöpft „Hauswirth“, „Waldhede“, „Waldtagelöhner“, „Bauernbrot“, „Von Jägern und Wäldern“. Die Entwicklungsgeschichte eines Waldhutes zeigt er in „Waldhede“, in dem er sich als feiner Psychologe darstellt. „Dorfstraße“ und „Kampyr“, die „Wälder“, (Wälder- und Wälderstücke).

Reichlich ist vom Odenwald und von der Bergstraße der mit 37 Jahren dahingegangene Wilhelm Holzamer befruchtet worden. Von Lehrberuf bestimmt, konnte er ihn nicht beibehalten, und in seinen freien Stunden griff er zum Dichtergewerbe. In seinen Werken gab er sich nicht nur als feiner Beobachter, große Lust um sich zu machen. Was in seinem Innern wehte und wogte, teilte er in die Form, die so viele Seelen mitfliegen ließ. „Peter Koster“, „Der arme Lukas“, seine Frauenromane „Die Sturmfrau“, „Gilda“, „Sollstraten“, seine zahlreichen Bände Gedichte und Erzählungen — sie alle sind aus dem Drange nach höchster Kunst geboren. Ohne die Höhe erreicht zu haben, trat ihn der Todeshauch zu Berlin, den Dichter voll Unruhe und Abenteuerlust.

In seinem Häuschen am Bensheimer Kirchberg lebte der Waldpflanzler Karl Ernst Knoll. Durch sein Erstlingswerk „Aus meiner Waldwelt“ hat er die literaturkritische Welt auf sich aufmerksam gemacht. Das literarische Instrument verstand er vorzüglich zu führen. „Von Schönheit, Sehnsucht, Wahrheit“, das Sprachbüchlein „Waldwelt“, das tiefgründige Prosawerk „Kontes Reinsinn“, die Sammelwerke „Wir sind die Sehnsucht“, „Die Welt suchen“, das Lebens- und Biederbuch „Aus allen Augenblicken meines Lebens“, „Ein Tag vom Tode und ein Tag vom Leben“ haben seinen Namen unsterblich gemacht, denn hier spricht ein hoher Priester, der sogar den Knabenmann in seinem „Bruder Tod“ alle Herbeilt nimmt.

Viktor v. Scheffels Bodenheimelieder sind Allgemeingut des Volkes geworden. Adam Karrison, der Bensheimer Arzt, 1853 zu Waldmichelbach geboren, schenkte uns die Romane „Michael Heil“, „Die Mühle zu Hülshof“, die 16 Romane „Bauerngeschichte“ und noch vieles andere.

Georg Wolf hat sich besonders als Wunderdichter („Sonnabend und Sonntag“) einen Namen gemacht. Gleichfalls im Dialekt hat sich Grete Riedelhaupt mit viel Erfolg versucht, wie ihr Gedichtband „Rage um Sonnabend“ darthut. Albert Klein Schmidt schrieb seine sinnungsreichen Odenwälder Erzählungen, die besonders für die Jugend berechnet sind. In seinem Wiesbacher Bauernhaus verlebte Ernst Pasquale manche Weisheiten aus dem Leben der Bergstraße.

Enke v. Blonies hat sich in Jugenheim Stimmung zu ihren lyrischen Bildern geholt. Hans Otto Becker hat seinen aus besprochenen Roman „Der Heidentenor“ im Odenwald spielen. Die allzu früh verstorbenen Adam Jörn und Paul Ernst Köhler hatten viel dichterische Qualitäten in sich. 300 Odenwälder Volkslieder hat Krapp in seiner „Sprengel“ gesammelt.

Viele haben Pinsel und Stift anvertraut, was ihr Auge besonders gefesselt. Da ist vor allem Heinz Heim zu nennen. Was er in der Biederweiser Gegend erschaut, dem ließ er Form. In unzähligen Aquarellen hat der früh Verlebte seine markigen Odenwälderbergflächen der Nachwelt überliefert. Er war auf dem besten Wege, der rechte Odenwaldmaler zu werden. Innerlich verwandt ist ihm Johannes Hippmann, dessen Bilder voll Urwüchsigkeit und Kraft dem Betrachter viel zu sagen haben. In seinen Darstellungen, die von Wäldern durchzogen sind, hat er den Blick auf den Kopf getroffen. Er darf als der typische Odenwaldmaler angesehen werden. Otto Hübels, Eugen Bracht, Anna Bayer, Wilhelm Sauer, Richard Hölzer, Walter Meiselt, Gertrud Seip seien hier zusammenfassend aufgezählt. Die Odenwälder, die Ruppen der Bergstraße, die Ruinen, die versteinerten Lössen, die anheimelnden Dörfer, alle Winkel und vertraute Ecken haben ihnen als Formurgedient. Recht gute Werke sind so ins Dasein getreten. Sie alle sollen und müssen hindern, was oft durch den Gehalt des Wortes unmöglich ist. Dem erwartenden Freund des Odenwaldes und der Bergstraße wird durch ihre Ausschnitte ein Bild von der Seele gestellt, das mit hater, den Ruhm und den Ruf genannter Gegenden in die Weite zu tragen, wie sie es wärdig verdienen. Wenn Wort und Bild das bewirken, dann ist ihre Aufgabe vollendet, dann haben sie mit ein Stück Kultur geleistet.

## Ueber Tollwut.

Sanitätspolizeiliche Vorschriften beruhen auf Erfahrung und wissenschaftlicher Forschung. Die besten Vorschriften müssen aber vorliegen, wenn sie von Behörden schlecht durchgeführt oder von der Bevölkerung nicht unterrichtet werden. In der Regel ist es aber mehr Unkenntnis als böser Wille, was den einzelnen die sanitätspolizeilichen Maßnahmen und Anordnungen mißachtet. Es sollen deshalb hier kurz die wichtigsten Fragen über Tollwut besprochen werden.

Die Säugeierklassen sind für Tollwut empfänglich. Es ist für die Uebertragung auf den Menschen wichtig, daß der Hund eine besonders große Empfänglichkeit für Wut zeigt. Durch ihn wird hauptsächlich, und zwar bei 90 von 100 Fällen, die Wut auf den Menschen übertragen. Die Zahl der von Wut befallenen Hunde und anderer Tiere in Deutschland wechselt in den einzelnen Jahren. Nimmt die Wut unter den Tieren zu, so erfolgt in der Regel auch eine Zunahme der Bissverletzungen bei den Menschen. Die Ostgrenzen Deutschlands sind Eintrittspforten für die Tollwut der Tiere, aber auch aus Frankreich und aus Belgien erfolgen gelegentlich durch Herberäufen wutkranker Tiere neue Einschleppungen. Von den Grenzländern geht dann die Verbreitung nach dem Innern des Reiches weiter. Kurzzeit haben wir eine Zunahme der Tollwut bei Tieren. Am 1. Juli 1922 waren in Deutschland, und zwar in Preußen, Bayern, Sachsen, in beiden Westfalen 270 Gemeinden verzeichnet, und zwar in Bayern in 21 Bezirksämtern 77 Gemeinden und 93 Gehöfte. Die Bekämpfungsmassnahmen drängen hauptsächlich in Niederbayern immer wieder die Tollwut zurück.

Die Tollwut entsteht nie von selbst, sondern nur durch Einbringen des Tollwutreggers. Er gehört offenbar zu den allerfeinsten Krankheitserregern, ebenso wie die vermittelnden Erreger des Scharlachs, der Malaria, Typhus, Kinderlähme. Die Darstellung

und Fäuchung dieser Erreger ist bisher noch nicht oder nicht völlig gelungen. Der in eine Wunde gebrachte Wutregger kommt durch Vermittlung der Nerven, des Blutes oder der Dampfe zum Gehirn und Rückenmark und ruft dort entzündliche Erscheinungen hervor, die dann die klinischen Erscheinungen der Wut, z. B. Krämpfe und Bähmungen, veranlassen. Von praktischer Bedeutung ist, daß auch der Speichel wutkranker Tiere fast stets die Wutregger enthält, und zwar schon zu einer Zeit, wo Krankheitserscheinungen noch nicht festzustellen sind. Sehr häufig handelt es sich um die wichtige Anlaufzeit, ob ein gefallenes oder getötetes Tier wirklich tollwutkrank gewesen war. Hierfür wird die Entdeckung des Kollens Regri benutzt, daß in Hirnweilen wutkranker Tiere und Menschen besondere Veränderungen auftreten können, die sich durch Färbungen darstellen lassen. Das Vorkommen dieser „Kollens Körperchen“ ist für Wut charakteristisch, so daß man bei ihrem Vorhandensein sagen kann, daß das betreffende Tier wutkrank war. Allerdings schließt das Fehlen dieser „Kollens Körperchen“ Tollwut nicht aus. Deshalb muß zur Feststellung von Tollwut neben der Färbemethode auch noch die Verimpfung auf Kaninchen vorgenommen werden. Bereits im Jahre 1804 hatte Zinke durch Verimpfung von Speichel von tollwütigen Hunden auf Versuchstiere die Uebertragbarkeit der Wut experimentell festgestellt. Pasteur hat dann Anfang der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts folgendes nachgewiesen: Kaninchen, denen man Hirn von tollwütigen Hunden unter die harte Hirnhaut gebracht hatte, erkrankten und starben durchschnittlich innerhalb von 12—21 Tagen oder später an Wut. Man mußte nun aber von einem dieser wutkranken Kaninchen wieder Hirn auf ein anderes Kaninchen usw., so gewann der Wutregger eine hochgradige Giftigkeit für die Kaninchen, die sich darin äußerte, daß die Impfungen viel regelmäßiger angingen, und daß die Zeit zwischen Impfung und Erkrankung (Inkubationszeit) immer kürzer wurde, so daß schließlich die Tiere innerhalb von 7—10 Tagen nach der Impfung regelmäßig an Wut erkrankten. Eine weitere Verkürzung der Zeit zwischen Impfung und Tod ließ sich nicht erzielen. Diesen Wutregger bezeichnete man als „Virus fixe“, im Gegensatz zu dem „Strohenvirus“, von dem man ausgegangen war. Zugleich mit dieser Anpflanzung des „Virus fixe“ an das Kaninchen trat eine Abschwächung der Giftigkeit für Hunde und Affen und eine Ungiftigkeit für Menschen auf. Dabei blieb aber das „Virus fixe“ die Wirkung, wenn es Tieren in steigender Menge eingeimpft wurde, die Bildung von Schutzstoffen anzuregen. Diese benutzte Pasteur zu seiner Schutzimpfung bei den Menschen.

Was nun die Krankheitserscheinungen anbetrifft, so treten sie bei Hunden zuerst durchschnittlich 60 Tage, auch früher, auch später, nach der Ansteckung auf (verderbtes Fleisch, Fleischbrot, vertretter Appetit usw.). Kommt es zur stillen Wut, so herrschen frühzeitig Bähmungserscheinungen vor, kommt es zur rabidischen Wut, so treten frühzeitig Aufregungserscheinungen und Krämpfe in den Vordergliedern ein. Eine Zeit später tritt die Erscheinung des Strebens tollwutkranker Hunde, fortzulaufen und Mensch und Tier, die ihnen auf dem Wege entgegenkommen, anzuwalen. In wenigen Tagen kann so ein Hund mit rasender Wut hundert und mehr Kilometer durchlaufen, bis er unter Krämpfen erschöpft niedersinkt. Diese Krankheitserscheinungen sind naturgemäß für die Verbreitung der Wut überaus wichtig. Auch beim Menschen kommt die stille und die rabidische Wut vor. Wenn man den Menschen als Art für wutempfänglich erklärt, so muß man dabei berücksichtigen, daß die Empfänglichkeit der einzelnen Menschen verschieden ist. Eine genaue Angabe über die Empfänglichkeit kann man nicht machen. Manche Forscher nehmen an, daß von 100 Menschen, die von einer tollwütigen Wunde gebissen worden, 40 Menschen, andere, daß nur 10 Menschen erkranken. Die Wahrscheinlichkeit zu erkranken ist außer von der Giftigkeit des Erregers auch von dem Sitz der Verletzung abhängig. Geprüft sind die großen Fleischwunden, besonders die von Haisbissen, aber auch Straßensportverletzungen an der nervenreichen Fingerbeere haben schon zu tödlichen Erkrankungen geführt. Spontane Heilungen kommen bei tollwutkranken Hunden vor, bei Menschen scheinen sie eine große Ausnahme zu sein. Eine typisch zum Ausbruch gekommenen Wut gilt als unheilbar. Es gibt aber auch vielleicht ganz leicht verlaufende Tollwutverläufe bei den Menschen. Uebertragungen von Mensch zu Mensch sind Ausnahmen, daher kommt es nicht zu eigentlichen Epidemien. In Bayern ist jede Erkrankung und Todesfall an Tollwut und jede Bissverletzung durch tolle oder tollwutverdächtige Tiere angezeigt (Min.-Bef. 9. Mai 1911).

Ein Heilverfahren beim Ausbruch der Tollwut des Menschen kennen wir nicht. Es gibt nur eine vorbeugende Behandlung, und zwar örtliche Behandlung der Wunde und Schutzimpfung. Der Wutregger dringt offenbar schnell von der Wunde in den Körper ein. Daher kann man sich von einer örtlichen Behandlung der Wunde nur dann einen gewissen Erfolg versprechen, wenn sie innerhalb der ersten Viertelstunde, spätestens innerhalb 1—2 Stunden nach der Ansteckung erfolgt. Man löst die Wunde hart ab, wäscht sie mit 1 pro Mill. Sublimat und brennt sie mit dem Glührohr, besonders in den Wundhöhlen und an den Rändern aus. Anweisungen mit dem Wunde und Ausschneiden ist zu vermeiden. Die wichtigste Behandlung ist aber die kalkuläre Schutzimpfung. Hierbei werden Aufschnittsmessungen von getrocknetem Kaninchenhirnmark, das „Virus fixe“ enthält, unter die Haut gebracht. Die Behandlung dauert 21 Tage, die Einspritzungen sind schmerzlos, das Allgemeinbefinden wird nicht gestört, körperliche Schädigungen entstehen nicht. Die Impfung bezweckt, die Bildung von Schutzstoffen anzuregen, ehe der mit dem Wut eingeimpfte Erreger voll zur Wirkung kommt. Durchschnittlich erkranken man die Menschen 20—40 Tage nach der Ansteckung, die Impfung dauert 21 Tage, einige Tage später tritt wohl erst der volle Impfschutz auf. Es ist also gewissermaßen ein Wettrennen zwischen Schutzimpfung und Erreger. Da ist es klar, daß jeder Tag von Wert ist, um den die Impfung früher beginnt. Der Erfolg der Impfung ist voraus zu erleben, daß von 100 Menschen, die von tollwutkranken und -verdächtig Tieren verletzt waren, und die sich nicht impfen ließen, 10—15, von 100 Verletzten und Geimpften aber nur 0,4—0,6 an Tollwut erkrankten. Die Wahrscheinlichkeit, zu erkranken, ist also bei den Geimpften bedeutend geringer. Die trotz der Impfung auftretenden Erkrankungen sind in der Regel durch Verzögerung des Beginns der Impfung veranlaßt.

Die Bekämpfungsmassnahmen haben sich in der Hauptsache gegen die Verbreitung der Tollwut unter den Tieren zu richten. Wichtig ist, daß die im Reichsgesetzgebungsblatt (23. Juni 1880) vorgeschriebene Anzeige von Wutkrankungen und Verdachtsfällen in Tierbeständen streng durchgeführt wird. Nur hierdurch können durch die Behörden, ehe weitere Verbreitung erfolgt, die notwendigen Massnahmen ergriffen werden. (Beobachtung und Absonderung auffällig verdächtig Tiere, Tötung von kranken und krankheitsverdächtig Tieren usw.) Die strenge Durchführung des Fellegens der Hunde und die Einführung des Maulkorbzwanges in den Sperrbezirken hat sich als ganz besonders wertvoll für die Bekämpfung der Tollwut erwiesen. Sie verhindert das Beißen der Tiere untereinander und macht die kranken Tiere, besonders solche, die sich losgerissen haben und herumstreunen, rechtzeitig kenntlich. Durch zweckmäßigen Bau der Maulkörbe läßt sich eine Ausbreitung der Hunde vermeiden. Der Verkauf der menschlichen Wutkrankungen ist derartig qualvoll für den Kranken, und die keiflichen Aufregungen der Geheilten, ehe sie sicherheit haben, ob sie erkrankten, sind häufig derartig groß, daß jeder Tierfreund auch soweit Menschenfreund sein sollte, daß er nach Kräften die Massnahmen, die ihn und seine Mitmenschen vor der Wut schützen können, unterstützt.

Häufig wird Verwunderung darüber geäußert, daß die Feststellung, ob es sich bei einem angehenden Hundebirn um Tollwut handle oder nicht, so lange Zeit dauere, und man trägt dann doppelt ungern die Sperrmassnahmen. Das oben Gesagte läßt darüber auf. Es muß eben sehr häufig der Erfolg der Verimpfung auf Kaninchen abgewartet werden. Gelegentlich verzögert sich aber das Angehen der Impfung. Biegt keine Tollwut vor, so läßt sich

dieses erst drei Monate nach der Tierimpfung feststellen. Sehr häufig wird auch darüber geklagt, daß Bayern keine eigene Wutschauanstalt habe und daß die Geheilten aus Bayern im Preussischen Institut für Infektionskrankheiten „Robert Koch“ in Berlin geimpft werden müssen. (Wegen der Entfernung kommt die andere Wutschauanstalt Deutschlands, nämlich die am Hygienischen Institut in Breslau, für Bayern nicht in Betracht.) Zu den Klagen ist folgendes zu sagen: Der Impfstoff läßt sich nicht verschicken. Außerdem wechselt das Auftreten der Tollwut unter den Tieren in Bayern und die Zahl der Bissverletzungen bei den Menschen in den einzelnen Jahren erheblich. Zum Beispiel waren in Bayern 1911—14 jährlich weniger als zehn Tollwut- und tollwutverdächtige Fälle unter den Tieren, und es wurde kaum ein Mensch gebissen. Seit 1916 nahm die Tollwut zu, erreichte offenbar 1918 den Höhepunkt mit 234 wunden Tollwut- oder Tollwutverdächtig geheilten oder gefallenen Hunden und mit 18 Bissverletzungen bei Menschen. Es verteilten sich aber ferner diese Bissverletzungen nicht gleichmäßig über das Jahr, so daß oft ein Vierteljahr und länger überhaupt keine Impfungen in Frage kamen. Lange Zeit würde also eine bayerische Wutschauanstalt ohne Arbeit sein. Unter diesen Umständen kann sie aber nicht erfolgreich arbeiten. Die Fortzucht des „Virus fixe“ muß nämlich täglich erfolgen und erfordert großes Tiermaterial und entsprechend großes Personal und erfordert Personal. Das ist teuer. Aber abgesehen von dieser Kostenfrage kommt noch in Betracht, daß eine Wutschauanstalt die Brauchbarkeit ihres Impfstoffes ständig durch regelmäßige und zahlreiche Impfungen kontrollieren muß. So wird es denn bei der jetzigen Einrichtung, daß die Bissverletzten aus Bayern nach Berlin zur Impfung gehen müssen, zu bleiben haben.

## Die Birnen.

Von Paul Krenowatz.

Tausenderteile Dinge sind nichts als Bug und Schein. Welch einen verstimmen den Eindruck macht doch die neue Wobereiche, alte baufällige Baracken wie verlebte Dornen herauszutreten, indem man ihnen eine neue farnglänzende Fassade gibt — ungeachtet der vermagten Wände und des riefenden Kells im vermauernden Gebälk. Zwangig solche Arbeit nicht zu dem Vergleich mit einem Menschen, der, krankhaft äußerlicher Eleganz beflissen, mit ungepflegtem Körper herumläuft! Absolute Mangel an Reifeitgefühl gehört ebenso wie Schminke und Verstellung zum großen Instrumentarium der Lüge. Legten Endes ist solches Getöse dem gesunden Sinn zumider und bedeutet für jeden Vernünftigen nichts als einen Witz — wenn auch einen ärgerlichen. Die Natur, die auf diesem Gebiete auch mangelnd ist, läßt sich da doch glaubwürdiger und gesunder zu Werke. Für diese Behauptung kann man entweder den philosophischen Nachweis erbringen, was kurzweiliger ist, man sieht zu, wie man die schöne Gläubigkeit bei ihrer lebenswichtigen Schwäche löst und sie mit einem einzigen Beispiel entlarvt.

Im Garten der weißhaarigen Fortsträucher steht ein Birnenbaum. Ueberall ist alljährlich mit Blüten und Früchten, die die ganze begehrliche Aufmerksamkeit der kleinen Welt jenseits des Ozeans auf sich ziehen. Schier brechen wollen die riesigen Käse unter das Segen. Aber der blaue Herbst geht regelmäßig vorbei, ohne daß der Gärtner daran dachte, die Bäume anzulehnen und dem überreifen Baum die drückende Last abzunehmen. Die Reife schüttelt die Köpfe und die gelbe Paradieswälder jenseits der Straße nähet hinter ihrem Fensterpionier nicht die glücklichsten Gedanken über die gelbliche Verwitterung der Himmelskugel. Jahraus, jahrein lösen sich die Birnen am Fruchtstiel, lockern in Breite und Dorsheit und werden gelegentlich von listlosen Händen aufgefressen und vom Jagd angegriffen, modern aber auch oftmals unter totem Baum und weichen Schnee der Frühjahrsregen entgegen. Kein Mensch kümmert sich um sie, die nach einem kurzen Sommer des Wähens und Werdens sterben und verderben.

Wiederum schwanzt der alte Baum, der in die Spitze des mit glänzenden goldenen Früchten, im lauen Winde. Wieder ist's Endezeit. Coloville und Kaiser Alexander, Reinetten und Gute Wälder buchten ihr freudiges Lied von Reife und Vollendung in's herberliche Land. Auf sauberen Straßbüschen liegen die purpurnen, grünen, gelben und rötlichen Sommerkinder nach einmal süßen Sonnenrausch, letzten Zauber und leichtes Erinnern an silberne Nächte aus.

Und der alte verwitterte Baum? — Nimmt sich auch heute niemand seiner an? — Wut er sie wieder einzeln sterben sehen, die er geboren, genährt und in seinen Armen gehegt hat? Kummervoll blüht er zur Erde und sieht — ja, er schaut unten zu seinen Füßen ein wahrhaftiges Keines Wunder: zwei Kinder, hoch blond, braun und blauäugig beide; Agnes ist's, die Heintlein der Fortsträucher mit ihrem Geißelein und Beiter, dem Heint Brandt vom Kadshofe. Ein Körbchen haben sie und liebe lustige Aufschrei und Geschrei. Reden und wispeln und gackeln so sonderbar, als wenn dem weißen laubgrünen Hauje der Großmutter in der Tiefe des Gartens, als ob sie sich von dort her unerwünschter Ueberdrückung verführe.

Dem Birnenbaum wird weh im Herzen. Warum hat man ihm nicht längst schon die Wägen an die Wurzel gelegt, in jungen Tagen, da er noch nicht das Weid der Einsamkeit und Lieblosigkeit erfahren und wieder raunt er, leise, leidend, rauscht sein ganzes weiches Becken den Kindern herab, minkt und flüster, bittet und sagt . . . o, siehe — sie kommen zu ihm, der Wärme nur von Wämmung Sonne, wie von Menschen erjube . . . man verdammt ihn nicht — heute erblüht doch man auch ihn gefunden. Er erlittet im letzten Blatt, der liebe verdamnte Baum. Und seine Seele singt und leuchtet dabei. Ja, darf sie nicht singen und preisen, heute, wo die selige Scham verstaubter Mutterliche tausendfältig aufdringt und hindrängt zu den kleinen Menschen, die die Hände nach seinen Früchten ausstrecken!

Der Heint hat sich auf den Gartenhain geschwungen. Von hier aus kann er gerade die untersten Äste sehen. Vorsichtig löst er Birne um Birne und wirft sie in das aufgehaltene Schützchen der kleinen Freundin. Birne um Birne . . . und der alte Baum erfährt die behutsamen Kinderhände bis in die Tiefe der Wurzel. O, wämmern hätte er sich lassen mögen — plündern bis zur Knackheit.

Das Körbchen ist gefüllt. Verjahren raunen die Zweige. Wämmern — warten wieder auf barmherzige Hände. Wer dem Gärtner steht ein herabhängiger Busch. Nicht Alter als der Heint. Hat den beiden schon lange zugesehen mit ungenügendem „Reiche Bogen!“ Alle Reife und Rabieschen in Wämmern Wämmern lassen sich ja miteinander nicht eine Saltbirne wert, die denen halber nur so in's Neud heimdrückt. — — — Daß zu diesem Keinen Redewort tritt der Heint: „Du, geh' amal her. Hier hast das Körbchen, das trägt' nüber zur Frau Fortsträucher, verheißt! Schönes Tafelobst hast und läßt Dir a gu't's Stückel Geld für geb'n. John Wort! sind's die Dinger schon wert. Daß D'r awer net et'welle zu spreche, daß mit's Ännette und ich dahinterredde, wenn D'r net's Fell verlässe soll.“

Als zum Besperdrot die Kinder, unglücklich wie die Wämmern, die Birnen in der Fruchtstiel sehen, war ihnen doch ein dühnen dühnen um's Herz. Die Großmutter, eine strenge Frau, mit der nicht zu spalten war, hatte sich von den Windbeuteln richtig naschieren lassen und die verlockenden Früchte gefaßt. Ihre eignen böigen, ungeheuren Birnen. Den Beitrag hatte sie ja spät erndet. Hätten sie bleiben in dem jocosien aufgelaugten Fortkorn nicht einen sehr geschickten Verteidiger gehabt, wäre die Agnes um Hausarbeit nicht herum, der Heint wohl aber vorläufig um seine lost Kameradin gekommen.

Und der unselige Birnenbaum? Dem ist schließlich kein Wortwort zu machen, da ja letzten Endes die „gütige“ Mutter Natur ihren beneideten Scherz mit ihm getrieben hatte. Man hat aus ihm früher eine Georeschranke und eine herrliche Empire-Spiegelkassette geschritten. Was ihm im Leben begeben war, das trug er auch im Tode: er repräsentierte.







**Statt Karten!** \*6594

**Gertrud Wissler  
Max Straub**  
Betriebsbaumeister

**Verlobte**

Mannheim 5 1, 4 Ludwigshafen  
Ruppertsdr. 19.

**STATT KARTEN!**

**Max Constantin  
Elisabeth Constantin**  
geb. Klein

**Vermählte**

Mannheim, 23. Juli 1922. \*6655

Die glückliche Geburt eines gesunden  
**Mädels**  
sollten hochachtungsvoll an \*6614

**Karl Sänger und Frau  
Jda geb. Kaufmann**  
Mannheim, z. Zt. Luisenheim.

Gediegene Möbelausstattungen für  
**Verlobte**

Teleph. **Wih. Florschütz, P 2, 7.**  
6279

Möbelschreineri und Möbelgeschäft  
Lieferant städtischer Behörden. 576

**Wiener Operettenspiele Rosengarten**  
Samstag, 22. Juli, Ende 10<sup>1/2</sup> Uhr. \*821

**Künstlertheater „Apollo“**  
Heute abend „Der siebente Bua.“  
Morgen nachm. 3<sup>1/2</sup> Uhr (bei kleinen Preisen)  
Morgen abend 7<sup>1/2</sup> Uhr. \*5256

„Kirchweilinder.“

**Friedrichs-Park.**  
Sonntag, 23. Juli, nachm. 3<sup>1/2</sup> und abends 8 Uhr

**Konzerte**  
Leitung: Kapellmeister Becker. 5305

**Café-Rest. z. Rennwiese**  
Morgen Sonntag, den 23. Juli

**Tanzunterhaltung mit Preisgegnern**  
wozu hÖr. einladet der \*6616

**Staatlich Rennwiese.**

Bei trockenem und warmem  
**Fluss**  
bei 50 Öfen  
Saubere Frische

**Versteigerung.**

Dienstag, den 25. Juli 1922, nachmittags 2 Uhr, zu Ludwigshafen a. Rh., Oggersheimerstraße 31, versteigere ich auftragsgemäß folgende Gegenstände gegen Barzahlung: \*7432

1 großes elektr. Störnschiffchen, Konzert-Instrument von Gebr. Weber, Waldkirch, 1 großes Wirtschaftsbüfett mit 2 Spaschinen, 10 Tische, 2 Küchenschiffe, 60 Stühle, 4 Bänke, 1 Partie Bier- und Weingläser, 1 Nähmaschine, 1 Ruchhängestuhl, 1 Partie Gefähr, 5 Dagehänge und 1 Manarlenvogel, 2 Hunde, 1 Leiter, 1 Partie leere Flaschen, 1 Wirtschaftsbüchchen und 1 Wirtschaftsofen.

Ludwigshafen a. Rh., 21. Juli 1922.  
Anton Reich, Rechtskonsulent  
Marktstraße 50.

**Ämliche Veröffentlichungen der Stadtgemeinde.**

Brot Samstag, den 22. Juli ab: Je 750 Gr. Brot auf die Karten Nr. 65 und 69.  
Da der Feit vom 15. Juli bis 22. Juli wurden aufgegeben: Brot: Je 750 Gramm auf die Karten Nr. 74 und 75.

**Sommerferien.**  
Die diesjährigen Sommerferien der Volksschule, der Schulen und Mädchenfortbildungsschule dauern vom 30. Juli bis 10. September. Der Unterricht schließt feierlich am Samstag, den 29. Juli und beginnt wieder am Montag, den 11. September 1922. 108  
Mannheim, den 10. Juli 1922.  
Vollschullehrer.

**Statt jeder besonderen Anzeige!**

Mein geliebter Mann, unser guter Vater und Schwiegervater, unser treuer Bruder, Schwager und Onkel

**Hermann Alsberg**

wurde uns nach kurzer, schwerer Krankheit im 70. Lebensjahre entrissen.

In tiefer Trauer:

**Stefanie Alsberg  
Ernst Alsberg  
Lici Katzenstein  
geb. Alsberg  
Alfred Katzenstein.**

Mannheim, Coblentz, Duisburg.

Die Beerdigung findet nach dem Wunsche des Entschlafenen in der Stille statt.

Von Kondolenzbesuchen und Blumenspenden wird freundlichst gebeten, abzusehen. \*6578

**Danksagung.**

Für die vielen wohlthuenden Beweise aufrichtiger Teilnahme bei dem schweren Verluste unserer unvergesslichen Mutter \*6647

**Frau Sophie Bell Wwe.**

sprechen wir unseren herzlichsten Dank aus.  
Die trauernd Hinterbliebenen.

**Danksagung.**

Für die uns anlässlich des Hinscheidens unserer lieben unvergesslichen Tochter, Schwester und Schwägerin

**Gertrude Beck**

erwiesene Anteilnahme sprechen wir Allen unsern innigsten Dank aus. Ganz besonders danken wir den trostreichen Worten des Herrn Stadtplatzers Gehbarot am Grabe, sowie dem Beamten des Telegraphenamtes für letzt erwiesene Ehre.  
Mannheim, den 22. Juli 1922.  
Fehrlschtr. No. 7. \*6652

**Familie August Beck.**

**Liederhalle E. V.**

Samstag, den 29. Juli abends 8 Uhr im Lokal „Ballhaus“  
**Außerordentliche Mitgliederversammlung**  
Tagesordnung:  
Erhöhung der Mitgliedsbeiträge. 2987  
Der Vorstand.

**Gelegenheitskauf**

für Installateure!  
Posten elektr. Bedarfs-Artikel aller Art. Auskunft oder Art. Ankauf: Schwarz, O 7, 27, IV. \*6628

**Trauerbriefe liefert**

Druckerei Dr. Haas, G. m. b. H., E 6, 2

**American-Line.**

Regelmäßige Passagier- u. Frachtdampfer  
**Hamburg - New York.**

**Passagierdampfer:**

Doppelschraubendampfer „St. Pauli“ ..... 29. Juli  
Doppelschraubendampfer „Hongolia“ ..... 12. Aug.  
Doppelschraubendampfer „Minnchaha“ ..... 19. Aug.  
Doppelschraubendampfer „Manchuria“ ..... 26. Aug.  
Doppelschraubendampfer „St. Pauli“ ..... 2. Sept.  
Doppelschraubendampfer „Hongolia“ ..... 16. Sept.  
Doppelschraubendampfer „Minnchaha“ ..... 23. Sept.

**Frachtdampfer**

Hamburg-Baltimore-Boston-Philadelphia usw.

Auskunft erteilen E176

**AMERICAN-LINE**

Hamburg, Börsenbrücke 2.

**Gundlach & Bärenklau Nachf.**

Mannheim, Bahnhofplatz 7.

**K. Gesuche.**

**Immob.-Büro Hellmann**  
Friedrichstr. 36 Tel. 4573  
verm. An- und Verkauf  
Geschäfte, Grundstücke  
Häuser, Grundstücke, 1027  
belieb. Geschäfte, Verm.

**Wer ein Haus**  
kaufen od. verkaufen will  
wende sich an das Vermittlungsbüro G. Hoff,  
Rheinstr. 66. \*6666

**Mittleres Haus**  
in guter Lage in Mann-  
heim, gegen bar zu kaufen  
gekauft. Bei Wohnung  
wird vorläufig verpachtet.  
Angebote unter G. U. 68  
an die Geschäftsstelle, 21.  
Belchstraße, werden zu-  
geführt. \*6667

**Einfamilienhaus**  
von Selbstbauer in Mann-  
heim aber Umgebung zu  
kaufen gesucht. Wohnung  
wird nicht beantragt.  
Bemittler werden An-  
gebote mit Preisangabe  
unter F. W. 45 an die  
Geschäftsstelle erb. \*6578

**Haus**  
in guter Lage (Kollerting,  
L. Viertel, Dillstadt) zu  
kaufen gesucht. \*6667  
Angebote unter G. M. 60  
an die Geschäftsstelle.

**Zigarrengeschäft**  
wenn auch in Neben-  
straße, mögl. im Zentrum  
der Stadt zu kaufen  
gesucht.  
Angebote unter H. B. 75 an  
die Geschäftsstelle. \*6639

**Engl. Sprachbriefe**  
Toujours - Langenscheidt,  
zu kaufen gesucht. \*6624  
Belchstr. 4, pl.  
Kauf, getraute oder  
behalte 2847

**Elektromotoren**  
1, 2, 3, 5, 7 1/2, 10 PS.,  
zu kaufen gesucht.

**J. Klebs & Hartmann**  
Ludwigshafen a. Rh.  
Telephon 355.

**Badewanne**  
zu kaufen ges. \*6613  
H. Göttinger, E 7, 38.

**Verkauf**  
**Hausverkauf**  
in Heidelberg.

Kinweien mit über 40  
Zimmern, gr. Gartens,  
Waldpark in ger. Lage  
- nächst Hauptbahnhof -  
für nur 250 000 zu  
verkaufen. \*6609  
Angeb. u. s. o. Adressen  
u. G. N. 61 a. b. Belch.

**Tafelklavier**  
Spezialreinigung  
Schreibisch, Radenther,  
Wit, Kaffeeapparat, Bade-  
wanne, Tisch, Küchenherd,  
Reiberg, Ausguss u.  
a. m. Gesamtz. R. 6, 4, Hof  
28265

**Eis. Kinderbetstiege**  
140x70, zu verk. \*6586  
Lescher  
Rheinlandstraße 22, st.

**Haus**  
mit freistehendem Boden,  
Rebenweiden u. 4 Zim-  
mern, Bad, Kaffeeapparat,  
zu verkaufen. Preis 500 000.  
Angeb. u. G. G. 55 an die  
Geschäftsstelle. \*6602

**1 geb. Pflüschdwan**  
**1 Klavier**  
zu verkaufen. \*6634  
B 4, 16.

**Anzug**  
für Kohl. Figur zu verk. \*665  
Maß. N 4, 23.

**Kartons**  
35 cm lang, 25 cm breit  
u. 33 cm Höhe. Preis 10.  
10,- per Stück, bei lau-  
fend abzugeben. \*6606  
21. Belchstr. 36, 37, III. Et. Itz.

**Gasbadeofen**  
mit Kupfermantel, ein-  
schüßlich, Zimmerheizg.  
prima Fabrikat, preiswert  
zu verkaufen. \*66296  
Jons Gut, Ingenieur,  
Rheinlandstraße 3.  
Gr. 170 Kg.

**Winkleisen**  
33x300x4 in Größen zu  
1,70 m mit je 6-4 Zim-  
merheizg., weit unter  
Tagespreis abzugeben.  
J. Scharrer,  
J 7, 14. III. H. 28292

**1 schwere Rolle**  
100 St. Tragtuch  
1 Federrolle  
25 St. Tragtuch  
1 schwarze Kor-  
dragon, 2 Hausräder  
zu verkaufen. \*6592  
H. Ohlhausen  
Schweigen, Tel. 140.

**Schöner Wolf**  
zu verk. U 5, 18, L. \*6620

**Wir bringen wieder**

**Mantelflausche**

In vielen modernen Farben

**Herren-Stoffe**

In schönster Vollendung

**Kostüm-Stoffe**

schon für den Herbst, sehr preiswert

**Weiß-Waren**

noch sehr vorteilhaft 584

**Rockstreifen**

In allerneuester Ausmusterung

**Blusenstreifen**

In enorm großer Auswahl

**Blaue Knaben-Cheviots**

140 cm breit, sehr preiswert

**Eine Riesen - Auswahl**

auf der großen

**Etage**

**Samson & Co.**

D1,1 am Verkauf nur D1,1  
Paradepl. 1 Treppenhoch D1,1

Wir verkaufen  
weit überzählig, preiswert: 7062

**4 Fahrrollen und  
1 Langholzwagen**

Ludwigshafener Walzmühle.

**Herren-Fahrrad** 1 polierte Bettlade  
preisw. zu verk. \*6658 mit Polsterrost \*6667  
Hoh. Rheinstr. 36, III r. zu verkaufen. \*6667  
Anzulegen u. 4 Uhr ab. Reppelstraße 24, Hof.

**Miet-Gesuche**

**Wir suchen**  
für neu einretende männliche und weibliche Angestellte 6544

**mehrere möblierte  
Zimmer**

in guten Häusern.  
Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G.  
Personal-Abteilung.

Wir suchen für mehrere ledige Be-  
amte zum 1. August d. J. oder später

**möblierte Zimmer**

Personalbüro 6365  
der Brown, Boveri & Cie.  
Aktiengesellschaft  
Mannheim-Käfertal.

**Wohnungstausch**

Heidelberg - Mannheim.

Schönegelegene Mietwohnung (Villa)  
in Heidelberg mit 7 Zimmer und  
Garten gegen 5 Zimmerwohnung im  
ersten Stock oder kleine Villa in  
guter Lage in Mannheim (oder nähere  
Umgebung) möglichst mit Gartenge-  
nuss, zu tauschen gesucht. Ange-  
bote an H. Hildebrand & Söhne,  
Mannheim-Industrieafen. 7054

**Wohnungs-Tausch.**

**Herrliche 3 Zim.-Wohnung**

Städtisch, Gas, Küche, Bad, Keller, Speicher, Dieb-  
stahl mit allem Komfort in Neustadt.  
2 Minuten von Strahlenbach, freier Ausblick gegen  
Süd in Mannheim an der Rheinbrücke oder  
Ludwigshafen (Waldschloß) zu tauschen  
Angebote unter G. P. 63 an die Geschäftsstelle. b. 21.

**Kindereines Kiepanz**

**2-3 Zimmer-Wohnung**  
in gutem Hause. Angebote unter H. H. 61 an die  
Geschäftsstelle dieses Blattes. \*6663

**2 möbl. Zimmer**

in nur gutem Hause,  
möglichst Ostbad  
von Gymnasialprofessor  
sel. zu mieten gesucht.  
Angeb. u. G. B. 50 an  
die Geschäftsstelle. \*66294

**Möbl. Zimmer  
dauernd gesucht**

Preis Nebensache!  
Wohnungsnachweis  
P 3, 2. Tel. 6920  
20272

**2 junge Norweger**

Schüler der Handelshoch-  
schule u. Ingenieurhoch-  
schule per sofort allein  
oder zusammen \*6630

**Kost und Logis**

in guter Familie. Ange-  
bote erbitten an Waldschloß  
fabrik Gustav Spang-  
enberg, Mannheim.

**2-3 Zimmerwohnung**

mit Küche, Bad, Keller  
vorhanden. Angeb. u. C. D.  
54 a. b. Belchstr. 21. 28279

**gutmöbliertes  
Zimmer.**

Wir suchen für einen  
unserer Angestellten

**1-2 Zimmer**

für Büro gesucht. \*6681  
Angebote u. F. X. 46  
an die Geschäftsstelle.

**Suche**

2 Zimmer u. Küche (10-  
12 Zim., Küche u. Bad) in der  
Geschäftsstelle. \*6660

**Geräumiges  
unmöbliertes Zimmer**

im Zentrum der Stadt  
von ruh. Herrn gesucht.  
Angebote u. H. P. 88 an  
die Geschäftsstelle. \*6668

**Hannover.**

3 Zimmerwohnung in  
Hannover gegen 2-3 Zim.  
mer in Mannheim zu  
tauschen gesucht.  
Angebote unter G. L. 68  
an die Geschäftsstelle.

**Werkstätte**

oder Raum für Werk-  
stätte geeignet zu mieten oder  
kaufen gesucht.  
Angebote unter G. Y. 74  
an die Geschäftsstelle.

**!Künstlerfest!**

In den gesamten Räumen des Hauses O 6, 2  
**Karl Theodor Künstlerspiele u.  
K.-T. (Liquörstube)**  
**Weinhaus Rosenkavaller**  
**Karl Theodor Diele**  
zum Besten der Unterstützungskasse des internationalen  
Künstlerverbandes  
**Sicher wie Jold**  
unter geistl. Mitwirkung erster Künstler als Gäste.  
Beginn 8 Uhr.

**Heirat**

Junge, vornehme Halb-  
waise, sehr vermögend,  
müßig \*6636

**Heirat**

mit Madam in höherer  
Stellung, Wohnung und  
Güter vorhanden.  
Zufragen unter F. P. 29  
an die Geschäftsstelle.

Ein Witwer, besserer  
Arbeiter, sichere Stellung,  
in den 50er Jahr, wünscht  
sich mit älterem Fräulein  
oder Witwe wieder zu  
verheiraten.

Zufragen unter G. C. 51  
an die Geschäftsstelle. \*6593

vermittelt Frau  
Schmid, H 1, 16  
586

**Heirat**

vermittelt Frau  
Schmid, H 1, 16  
586